

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Zeitspalt oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Stellenermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Vereinbarung.

Ein Rückblick.

Bei einem Rückblick auf das nun zu Ende gehende Jahr 1905 kann der Gewerkschafter und insbesondere auch der organisierte Holzarbeiter nur lebhaft Freude und Genugtuung empfinden. Denn mehr noch als das Jahr 1904 war das vergangene Jahr ein Jahr des Kampfes und des Erfolges.

Zahlreiche und schwere Kämpfe waren von den Gewerkschaften zu führen, Machtkämpfe, die ihnen von dem organisierten Unternehmertum aufgedrungen waren. Wir brauchen nur zu erinnern an die Aussperrungen in der Berliner Holz- und Elektrizitätsindustrie, in der bayerischen Metall- und in der Dresdener Zigarettenindustrie, an die Brauereiarbeiteraussperrung in Rheinland und Westfalen, an die zwei großen Aussperrungen in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie, die verschiedenen Werstarbeiterkämpfe und die Schneideraussperrung, an die Aussperrung bei Seibel & Naumann in Dresden wie die der Bauarbeiter im Ruhrrevier. Wir brauchen vor allen Dingen aber nur an den geradezu gigantischen Kampf der Ruhrbergleute zu erinnern, gar nicht zu gedenken der zahlreichen kleinen gewerkschaftlichen Machtkämpfe — und wir haben in großen Strichen ein Bild von der einzigartigen Kampftätigkeit der Gewerkschaften im Jahre 1905 gezeichnet.

Auch der Holzarbeiterverband war an zahlreichen dieser Kämpfe beteiligt. Auch für unseren Verband war das Jahr 1905 ein Kampfsjahr im wahren Sinne des Wortes. Bei seinem Beginn sah es die Berliner Kollegen in einem schweren Kampfe mit den organisierten Unternehmern, ein Kampf, der dem Verband allein an 700 000 Mk. Kosten verursacht hat. Und es nun zu Ende geht, ist es Zeuge der großen Werstarbeiteraussperrung in Klostorf, an dem auch unser Verband beteiligt ist. Und zwischen diesen beiden Aussperrungen am Anfang und am Ende des Jahres hat der Holzarbeiterverband eine Streik- und Lohnbewegung durchgeführt, wie sie in der bisherigen Geschichte unserer Organisation beispiellos ist.

Wir können auf alle diese Kämpfe mit Stolz zurückblicken. Denn wenn die Gewerkschaften in der Mehrzahl der Aussperrungen auch Niederlagen davonzogen, so waren doch auch die gewerkschaftlichen Erfolge größer als zu irgend einer früheren Zeit. Und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung vollzog sich unter dem Einflusse dieses einzigartigen gewaltigen Ringens mit dem organisierten Unternehmertum in der denkbar günstigsten Weise.

Allein schon die Tatsache, daß es in der Zeit der Hochkonjunktur zu so zahlreichen und großen Machtkämpfen kam, ist der beste Beweis des Erstarkens der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland. Die Unternehmer fürchten die Gewerkschaften, deshalb suchen sie dieselben immer wieder, vor ihrem Erstarken zur Unbezwinglichkeit, in große, die Organisationen finanziell schwächende Kämpfe hineinzuziehen. Und die Arbeiter brauchen angesichts der steigenden Macht ihrer Gewerkschaften den Kämpfen nicht mehr auszuweichen, wie sie es früher gar zu oft tun mußten.

So folgte eine Aussperrung der anderen, und je zahlreicher und größer sie wurden, um so mehr erstarkten die Gewerkschaften. Jede Aussperrung, inszeniert zur Vernichtung der Gewerkschaften, wurde gewissermaßen zu einer Quelle neuer Kräfte für die gewerkschaftliche Bewegung. Tausende von Arbeitern wurden allein durch die Aussperrungen in die Organisationen direkt hineingetrieben. Durch diese Kämpfe wurde der Opferplan der Arbeiter weit mehr und nachhaltiger geweckt, als das durch gewerkschaftliche Aufklärungs- und Agitationsarbeit allein möglich gewesen wäre. Und so stehen die deutschen Gewerkschaften am Ende dieses an Aussperrungen so reichen Jahres kräftiger und gefestigter da als je.

Von der Stärke und der günstigen Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation legt die musterhafte Disziplin, mit der alle diese Kämpfe von ihrer Seite durchgeführt wurden, Zeugnis ab, wie die Tatsache, daß die Gewerkschaften trotz der zahlreichen und großen Aussperrungen eine umfangreiche Angriffsbewegung durchführen konnten. Wir brauchen dafür ja nur auf die von unserer Organisation durchgeführte Streik- und Lohnbewegung zu verweisen.

Trotzdem unser Verband durch die große Berliner Aussperrung finanziell stark in Mitleidenschaft gezogen war, hat er im nun verflohenen Jahre eine Lohnbewegung durchgeführt, weit umfangreicher noch als im Jahre 1904. Bis in die kleinste Stadt hinein hat der Verband seinen Einfluß geltend gemacht zu einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kollegenschaft. Und weit im Osten Deutschlands, wie im Erzgebirge und in Thüringen — in jenen Gegenden, wo auch in unserer Industrie das Glend bei den Arbeitern zu Gaste sitzt —, wie in jenen Großstädten, wo der Verband bis dahin zufolge des ungünstigen Organisationsverhältnisses weitgehende wirtschaftliche Erfolge nicht erzielen konnte, sind im verflohenen Jahre mit seiner Hilfe Lohnbewegungen durchgeführt worden. Und in den weitest aus meisten Fällen mit Erfolg. Von der großen Berliner Bewegung, die unseren Kollegen einen vollen Erfolg brachte, bis zu der Lohnbewegung in der kleinsten Zahlstelle des Verbandes konnte der Verband die wirtschaftliche Lage unserer Kollegenschaft um ein Bedeutendes bessern. Vor allem sind die Bestrebungen des Verbandes auf Verkürzung der Arbeitszeit von Erfolg gewesen. In allen größeren Städten konnte nunmehr mit Hilfe des Verbandes der Neunstundentag, in den kleineren Orten — wo bisher noch teils unbegrenzte Arbeitszeit existierte, teils über zehn Stunden täglich gearbeitet wurde — eine geregelte zehnstündige und kürzere tägliche Arbeitszeit eingeführt werden. Weiter konnte der Verband in vielen Fällen das Kost- und Logiswesen abschaffen und weitgehende Lohnaufbesserungen erzielen. Erfolglos endeten eigentlich nur die Bewegungen in Glesburg, Düsseldorf und Köln, und auch in letzterem Orte nur durch den Verrat der christlichen Kollegen. Dabei steht der Verband am Ende dieses Kampfsjahres kräftiger da als am Beginn desselben. Unsere Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Jahres um 25 000 vermehrt; mehr als 180 000 Holzarbeiter sind unter den Fahnen des Verbandes vereinigt; unsere Kassen sind gefüllt und unsere Organisation ist festgelegt. Unter dem Einflusse der Aussperrungen hat sich auch der Anschluß des Werstarbeiterverbandes an den Metallarbeiter- und Holzarbeiterverband vollzogen.

Von der günstigen Entwicklung der Gewerkschaften legt aber auch Zeugnis ab, daß trotz der umfangreichen Machtkämpfe und unter dem Einflusse derselben sich der weitere organisierte Kampf der Gewerkschaftsbewegung vollzogen hat. Der größere Teil der Gewerkschaften hat im Jahre 1905 durchgreifende Neureorganisationen vorgenommen, hat seinen Wirkungsbereich erweitert, seine Organisation ausgebaut und seine Leistungsfähigkeit erhöht.

Auch die Erziehungsarbeit der Gewerkschaften hat im abgelaufenen Jahre große Fortschritte gemacht. Je größere Massen organisierter und auch unorganisierter Arbeiter von den Unternehmern in Kämpfe förmlich hineingetrieben wurden, um so erfolgreicher war die praktische Erziehungsarbeit der Gewerkschaften. Aber auch die Auseinandersetzungen, die auf dem Kölner Gewerkschaftskongress und im Anschluß an denselben wie auf dem Jenaer Parteitag innerhalb der Gewerkschaften und zwischen Gewerkschaften und Partei geführt worden sind, haben die Erziehungsarbeit der Gewerkschaften gewaltig gefördert. Wochten alle diese Auseinandersetzungen eines unangenehmen persönlichen Beigeschmacks auch nicht entbehren, so haben sie doch den Blick der Arbeiterschaft mehr auf die grundsätzlichen Fragen der Arbeiterbewegung gelenkt, sie haben in Parteitreiben wieder einmal den Sinn für die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im Klassenkampf geweckt und vor allem der einigen Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften die Wege geebnet.

Und Zielklarheit und Einigkeit ist unserer Bewegung mehr denn je vonnöten, wollen wir die großen Entscheidungskämpfe, welche die Zukunft uns bringt, siegreich durchführen.

So gehen wir gekräftigt aus den gewaltigen Kämpfen des Jahres 1905 hervor. Es hat uns viele Arbeit, aber auch große Erfolge gebracht, es war reich an jener belebenden, kräftigenden und erziehenden Organisationsfähigkeit, die allein zukunftsfreudig macht. Deshalb können wir das Jahr 1905 mit Befriedigung im Herzen verlassen und guten Mutes zu neuer Arbeit und neuen Kämpfen rüsten in einem neuen Jahre.

Die Kartelle in der Holzindustrie.

b. Unter den Stößen von Steuervorlagen, Gesetzentwürfen und mannigfachen anderen Druckfachen, die den Mitgliedern des Reichstags bei ihrem Zusammentritt zuzugingen, befindet sich auch ein großes Konvolut von Papieren, eine Denkschrift über das Kartellwesen, der weitere Teile folgen sollen, und ein Anlageband. In dem letzteren finden wir für jede Industriezweiggruppe eine Sammlung von Statuten der Kartelle und kartellverwandten Organisationen. Aber obgleich das Reich diese Sammlung vorgenommen hat, so ist sie in mannigfacher Hinsicht unvollständig. Viele Kartelle sind überhaupt nicht erwähnt, und vielen erwähnten fehlen die Statuten, so daß man sich nur mit wenigen Angaben begnügen muß. Was Professor Bücher bei der Behandlung der Kartelle auf einer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik ausführte, daß die Kartelle Geheimbünde sind, und daß es eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine staatliche Behandlung der Kartelle wäre, sie zur Veröffentlichung ihrer Statuten und zur Öffentlichkeit ihrer Betätigung zu zwingen, das gilt in gleich hohem Maße auch heute noch. Sind doch für die ganze Holzindustrie überhaupt bloß fünf Kartelle angeführt, von denen drei ihre Statuten nicht eingesandt haben. Diese drei sind die Konvention der Fabriken kieferner Kehlleisten und Türbekleidungen, das Verkaufsbureau der Vereinigten Fabriken echter und halbechter Spiegelrahmen, das an Stelle des Verkaufsbureaus der Vereinigten Fabriken echter Holzrahmen getreten ist und das seit 1898 nicht mehr besteht, und die Verkaufsvereinigung für Stühle. Betrachten wir uns zuerst die wenigen Angaben über diese Organisationen.

Die Konvention der Fabriken von Kehlleisten und Türbekleidungen hat ihren Sitz in Berlin. Der Vorstand heißt Fritz Langenscheidt in Berlin, in Firma Berliner Holzkontor, Akt.-Ges. 22 Unternehmungen gehören diesem Kartell an, dessen Zweck die Hebung der Verkaufspreise auf normale Höhe ist, welche infolge auswärtiger Konkurrenz mit geringwertigem Material zu billigen Preisen trotz ständiger Steigerung der Rohmaterialienpreise gesunken waren. 22 Firmen Berlins und der Vororte traten der Konvention bei, welche im Jahre 1903 auf unbestimmte Zeit gegründet wurde.

Das Verkaufsbureau der Vereinigten Fabriken echter und halbechter Spiegelwaren, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, hat in Fürth i. B. seinen Sitz. Als Vorstandsmitglieder fungieren Nikolaus Gemmerzbach und Otto, zwei aus der letzten Fürther Streikbewegung den Lesern unseres Blattes bekannte Fabrikanten. Der Kartellvertrag bezieht sich auf massive, echte und furnierte sowie sonstige auf Blindrahmen bearbeitete Rahmen, ferner auf Konsolen und auf Schränkchen. Als Zweck des Kartells wird angegeben der gemeinsame Verkauf und Absatz im Bezirk von Fürth, Nürnberg und Umgebung sowie an zwei auswärtige, in Leipzig beziehungsweise Berlin domizillierte Firmen. Hier sieht man wieder genau, wie auch sonst oft beim Durchstudieren der Kartellenquete, daß die Unternehmerorganisationen nur sehr lückenhafte Mitteilungen über ihre Aufgaben an das Reichsamt des Innern gelangen lassen. In dem angeführten Falle läßt sich dies sehr gut nachweisen an den kürzlich stattgefundenen Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Fürther Gewerbegerichtes. Da bezogen sich die Vertreter der Unternehmerorganisationen auf die die Arbeitsverhältnisse betreffenden Beschlüsse dieses Kartells und machten die Annahme der Entscheidung des Einigungsamtes von der Entschließung des Kartells abhängig, ebenso drohten sie als Vertreter des Kartells mit der Aussperrung. Aus all dem geht klar hervor, daß dieses Kartell nicht rein geschäftliche (kommerzielle), auf den Absatz sich beziehende Zwecke verfolgt, sondern daß es sehr stark auf die Arbeitsbedingungen Einfluß zu nehmen bestrebt ist. Aber das, was sich für das Fürther Kartell zur Kritik seiner Mitteilungen an das Reichsamt des Innern beweiskräftig anführen läßt, vermag man nicht für die anderen Kartelle sofort herauszufinden. Aber man kann sehr wohl als höchst wahrscheinlich annehmen, daß auch die meisten derjenigen Kartelle, die sich über ihre Abmachungen hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse ausschweigen, diese in den Kreis ihrer Wirksamkeit gezogen haben oder die Möglichkeit sich offen halten, gegebenenfalls geschlossen gegen die Arbeiterschaft aufzutreten. Das oben erwähnte Verkaufsbureau der Fürther Spiegelrahmenfabrikation hatte seinen Vorgänger in dem Verkaufsbureau der Vereinigten Fabriken echter Holzrahmen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Die Verkaufsbereinigung für Stühle in Lauterberg a. S. hat 9 Mitglieder, sie hat als Zweck den einheitlichen Verkauf von Stühlen nach den Niederlanden und ihren

Kolonien angegeben. Sie wurde im Jahre 1897 mit unbestimmter Dauer gegründet.

Während von den bisher angeführten Kartellen in der Holzindustrie die Statuten nicht vorliegen, werden sie von der Zentrale deutscher Parkettfabriken G. m. b. H. in Berlin angeführt. Eine Geschäftsführung für dieses Kartell besteht noch nicht, da die Zentrale erst dann zum Handelsregister angemeldet werden und ihre Tätigkeit beginnen soll, wenn etwa 70 Prozent der gesamten Produktion des Deutschen Reiches in ihr vereinigt sind. Bisher haben sich ihr erst etwa 50 Prozent angeschlossen. Als Gegenstand des Unternehmens wird in § 2 des Statuts angegeben:

- Der An- und Verkauf von Hölzern aller Art im bearbeiteten und unbearbeiteten Zustand, der Handel damit und ihre Verwertung zu gewerblichen Zwecken, insbesondere auch der Einkauf von Rohmaterialien für den Fabrikationsbetrieb der Gesellschafter;
- der Vertrieb (Veräußerung und Verlegung) der von den Gesellschaftern hergestellten Parkettböden;
- der Abschluß von Verträgen betreffend den Vertrieb der von nicht angeschlossenen Fußbodenfabriken hergestellten Parkettböden seitens der Gesellschaft;
- Vergrößerung des gemeinschaftlichen Unternehmens durch Aufnahme neuer Gesellschafter;
- Beteiligung bei anderen Unternehmen gleicher und ähnlicher Art.

Einzelne dürfen sich nicht an nicht angeschlossene Parkettfabriken beteiligen. Eine Übertretung dieser Bestimmung zieht eine Strafe von 10 000 Mk. für jeden Fall nach sich, unbeschadet des Rechtes der Gesellschaft, auf Einstellung des unerlaubten Betriebs zu drängen. Ohne Genehmigung des Aufsichtsrats darf kein Mitglied Kraft, Licht oder Räume an einen außenstehenden Konkurrenten abgeben. Bei Übertretung sind wieder 10 000 Mk. Strafe fällig. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im „Holzkäufer“, in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und im „Berliner Tageblatt“. Kein Wort über die Arbeiterverhältnisse, über die Stellung zu Lohnforderungen, über die Gleichartigkeit von Arbeitsbedingungen ist in diesem Kartellvertrag enthalten. Es wäre aber verfehlt, hieraus einen Schluß zu ziehen auf eine absolute Neutralität diesen Verhältnissen gegenüber. Sollten auch hierüber vorerst keine Abmachungen bestehen, so würden sich diese wahrscheinlich nach Beginn der praktischen Wirksamkeit der Zentrale deutscher Parkettfabriken ergeben bei den ersten ernstlichen Differenzen zwischen dem koalitierten Unternehmer und der organisierten Arbeiterschaft. Die Tatsache, daß eine so enge Verbindung zwischen den Unternehmern besteht, läßt immer den fast selbstverständlich erscheinenden Rückschluß zu, daß Lohnbewegungen der Arbeiter mit gemeinsamem Widerstand des zu anderen Zwecken vereinigten Unternehmertums beantwortet werden dürften.

Zu ähnlicher Auffassung wird man gelangen nach Kenntnisnahme des Gesellschaftsvertrags des Verbandes deutscher Faloufies- und Rolladenfabriken G. m. b. H. in Frankfurt a. M. Dessen Verband, der 97 Mitglieder zählt und dessen Geltungsdauer vorerst bis zum Jahre 1908 läuft, steht als Geschäftsführer Adolf Mann in Frankfurt a. M. vor. Dieser Verband ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller, also der bekanntesten rückständigsten Schachtmacherorganisation, und des Verbandes schweizer Rolladenfabriken. Der Kartellvertrag bezieht sich auf Holz- und Stahllrolladen, auf Faloufies sowie Zubehörteile und dehnt sich aus auf das Deutsche Reich, mit Ausnahme von Ost- und Westpreußen, Schlesien, Pommern, Brandenburg, Mecklenburg und Schleswig-Holstein. Als Gegenstand der Unternehmung wird angegeben die Wahrung der gemeinsamen Interessen im allgemeinen, wobei die Arbeiterverhältnisse nicht ausdrücklich erwähnt werden, aber wohl gegebenenfalls sehr in Betracht kommen dürften. Im besonderen wird als Aufgabe des Verbandes bezeichnet die Hebung und Verbesserung der Verkaufspreise durch Schaffung einer Preisconvention mit weiteren Firmen der Faloufies- und Rolladenbranche als Gesellschafter. Der Verband wird von einem Verwaltungsrat geleitet, der, so oft es der Verbandsinteressen erfordern, schriftlich, telegraphisch oder telephonisch so zeitig einuberufen ist, daß fernwohnende Mitglieder noch rechtzeitig erscheinen können. Falls ein Gesellschafter den auf die Preisbestimmung bezüglichen oder sonstigen im Interesse des Verbandes ordnungsgemäß gefaßten Gesellschafterbeschlüssen zuwiderhandelt, ist der Verwaltungsrat ermächtigt, in jedem einzelnen Falle und neben dem Rechte der Unterfangung Geldstrafen in Höhe bis zu 2000 Mk. zu verhängen, welche unter Verzicht auf richterliche Entscheidung von den vertragsbrüchigen Gesellschaftern sofort an die Zentralkasse zu bezahlen sind. Ebenso wird eine Verletzung oder Umgehung der Vereinbarungen bestraft. Jeder erwiesene Vertragsbruch hat für den betreffenden Gesellschafter den Verlust des Stimmrechtes und des Zutritts zu den Gesellschaftsversammlungen bis nach erfolgter Zahlung der ihm auferlegten Strafe zur Folge. Außerdem verfällt sein Anspruch auf den ihm für das laufende Geschäftsjahr zustehenden Anteil zugunsten der übrigen Gesellschafter. Auch kann im Wiederholungsfall oder bei besonders schweren Fällen der Gesellschafter seiner sämtlichen Rechte verlustig erklärt und ohne seine Zustimmung die Einziehung seines Stammanteils durch die Gesellschafterversammlung verfügt werden. Man ersieht hieraus auf das Klarste, daß die Unternehmerorganisationen im Vergleich zu den Arbeiterorganisationen unverhältnismäßig strengere Bestimmungen besitzen. Dürften die Arbeiter in ihren Organisationen ebensolche Zwangsmittel gegen ihre Mitglieder anwenden, so würde man über den verruchtesten Terrorismus klagen und jammernd und das Eingreifen der Regierung fordern, um die Freiheit

des Individuums und seine Sicherung gegen den Zwang der Gemeinschaft zu fordern.

Bei der ganzen Entwicklung unserer Industrie kommen selbstverständlich Betriebe der Holzbearbeitung auch in anderen Kartellen in Frage. So zum Beispiel beim Vertrag der Norddeutschen Wagenbauvereinigung in Berlin-Charlottenburg, als deren Vorstandsmitglieder der geheime Kommerzienrat Julius van der Zypen in Cöln-Chrenfeld, der Kommerzienrat Josef Gastell in Mainz und der Direktor Hermann Fuchs in Charlottenburg fungieren. Der Gesellschaft, die im Jahre 1877 gegründet wurde und bis Ende 1915 bestehen soll, gehören 16 Firmen an.

In der letzten Zeit sollen Verhandlungen geschwebt haben, auch die süddeutschen Waggonfabriken in den Kreis der Vereinigung zu ziehen. Über den Erfolg dieser Bemühungen sind wir vorerst nicht unterrichtet. Die Vereinigung erstreckt sich auf die Verteilung und Verrechnung aller Lieferungen von normal- und schmalspurigen Eisenbahn- und Straßenbahnwagen aller Art für Staats- und sonstige Eisenbahnen, Unternehmer und Private im Bereich des Deutschen Reiches, einschließlich der Kolonien und des Großherzogtums Luxemburg, sofern die zu liefernden Wagen in dem bezeichneten Gebiet zum Gebrauch gelangen und dem öffentlichen Verkehr dienen. Dies ist der wesentliche Inhalt des ersten Absatzes des § 1. Der Absatz 2 dieses Paragraphen wird als vertraulich bezeichnet und über ihn keine Mitteilung gemacht. Ob er sich auf Arbeiterverhältnisse bezieht, kann nicht erraten werden. Konferenzen der Vereinigung finden statt, so oft über eine in öffentlicher Ausschreibung zu vergebende Lieferung zu verhandeln ist, woraus zu ersehen ist, daß die Vorteile des Submissionswesens für die staatlichen Eisenbahnen und für die sonstigen Gebraucher von Wagen durch diese Konvention einfach aus der Welt geschafft sind. Der Staat muß diejenigen Preise bezahlen, die die Konvention festsetzt, seine Vertreter entrichten sich aber, wenn die Arbeiter bemüht sind, Lohnsätze durchzusetzen. Die Strafen gegen zuwiderhandelnde Mitglieder können ganz gewaltige Höhen erreichen, bis zu 10 Prozent des Lieferungswertes. Eine Einrede gegen derartige Strafen ist ausgeschlossen. Auf die zahlreichen Bestimmungen dieses Vertrages näher einzugehen, ist für die Zwecke der Leser unseres Fachblattes nicht erforderlich. Es genügt, auf die Strammheit der Organisation hinzuweisen und klarzustellen, daß dieselbe ihre Mitglieder viel stärker zum Zusammenhalt zwingt, als irgend eine gewerkschaftliche Organisation.

Geht aus den vorstehenden Ausführungen auch nicht mit der vollen Klarheit die Bedeutung dieser Unternehmervereinigungen im Kampfe gegen die Arbeiter hervor, so läßt doch die Tatsache des Zusammenschlusses die Bedeutung dieser Vereinigungen auch für unsere Organisation erraten, wenn nicht erkennen. Deshalb sind auch diese überaus mangelhaften Feststellungen eine wichtige Mahnung für die Holzarbeiter aller Branchen, sich kräftig zu organisieren und dem sich immer enger zusammenschließenden, die Konkurrenz auf jedem Gebiet ausschließenden Unternehmertum eine einige, geschlossene, sich nicht zersplitternde Arbeiterschaft entgegenzusetzen.

Ärzte und Krankenkassen.

(Schluß.)

Gräf schildert dann ausführlich den Kampf der Frankfurter Arbeiterschaft in den Jahren 1893 bis 1895 um die Einführung der freien Arztwahl, die damals von der Behörde und allem Kassenvorstand, dem feierlich organisierten Vorsteher angehört, als der Mühe der Kasse bezeichnet wurde. In Stelle der 15 Zwangsärzte des Stadtbezirks traten am 1. Januar 1896 119 Ärzte der freien Arztwahl, die auch heute noch über 100 000 Versicherte in Frankfurt a. M. umfaßt. Unter dem Zwangssystem wurde von der Ortskrankenkasse pro Kopf und Jahr der Versicherten 2 Mk. Arzthonorar gezahlt und hatten die Zwangsärzte damals ihr Auskommen. Bei Einführung der freien Arztwahl wurde jedoch das Honorar pro Kopf auf 3 Mk. erhöht. Diefem Mehraufwand an Honorar suchte man durch gewissenhaftere Behandlung der Erkrankten zu begegnen und so an Krankengeld, Medikamenten usw. zu ersparen. Der Erkrankte würde künftig zeitiger den Arzt seines Vertrauens aufsuchen, ihm gern und willig seine Leiden offenbaren, dadurch könne frühzeitig die richtige Diagnose gestellt werden, um so mehr, da jetzt auf den einzelnen Arzt viel weniger Patienten entfielen, die Untersuchungen viel eingehender stattfinden würden. Kassenvorstand und Ärzte träumten daher schon von einem enormen Rückgang der Ausgaben an Krankengeld, Arzneikosten, Pflegekost, Sterbegeld usw. Wer den in der Broschüre niedergegebenen Aufruf des Vorstandes des Frankfurter Ärztlichen Vereins an seine Mitglieder liest, wird zugeben, daß es den Ärzten auch damals um die Durchführung der freien Arztwahl ernst war, und auch die Ärzte noch der Ansicht waren, daß das System der freien Arztwahl nicht allein viel besser, sondern auch billiger für gutgeleitete Krankenkassen sich stellen würde. Es heißt da ganz richtig: „Die Verwendung und Verteilung des Kassenvermögens ist sozusagen ganz allein dem Urteil des Arztes überantwortet. Das Kassenvermögen gehört aber dem ärmsten Teile der Bevölkerung, und der Rechtsanspruch, welchen jedes Kassenmitglied an denselben hat, muß durch erhebliche Teile eines Lohnes erkauft werden, der oftmals kaum zum Leben ausreicht!“

Heute würden die Frankfurter Ärzte nicht mehr so radikal schreiben! Man vergaß gar bald, daß die Kassenbeiträge und Kassenvermögen einen „erheblichen Teil“ des Lohnes der Arbeiter ausmachen, der „kaum zum Leben ausreicht“,

und forderte lustig drauf los. Neue Forderungen der Ärzte wechselten sich ab, die Schraube ohne Ende. Zuerst 2 Mk. pro Kopf, dann 3 Mk., dann 3,80 Mk., 3,40 Mk., 3,50 Mk., 3,70 Mk., — dann 4 Mk. für die Jahre 1905 bis 1907 und gar 4,20 für 1908/09. Genau so erging es auch der fakultativen Familienversicherung der Kasse, die heute 10 000 Familien umfaßt. Zuerst 6 Mk. pro Familie im Jahre, dann 6,50 Mk. bis 8,50 Mk., 9 Mk. bis 9,50 Mk. in den Vertragsjahren 1908/09. Von einer „Entlastung“ der Kasse konnte aber trotz ständig erhöhter Arzthonorare keine Rede sein. Die Zahl der Krankheitsfälle ist ganz enorm gestiegen. Im Jahre 1896 entfielen auf 100 Kassenmitglieder durchschnittlich 114 Krankheitsfälle, im Jahre 1904 schon 154, gleich einer Zunahme von 37 Prozent! Dagegen ist die durchschnittliche Krankheitsdauer zurückgegangen, die im Jahre 1895 noch 28 Tage, im Jahre 1904 nur noch 17,5 Tage betrug. Die Ausgaben für Medikamente betragen bei der Kasse im Jahre 1885 zum Beispiel pro Kopf und Jahr 1,72 Mk., vor der Einführung der freien Arztwahl 1895 2,31 Mk., im Jahre 1904 dagegen schon 3,03 Mk.!! Der Reichsdurchschnitt ist 2,70 Mk. Dabei kann man den Frankfurter Ärzten aber auch nicht den Vorwurf machen, daß sie nicht auf Sparsamkeit sehen würden. Die Broschüre weist auf die Verordnungsblätter hin: Anleitung zur billigen Rezeptur usw. hin, welche von dem Vorstand des Ärzteverbandes herausgegeben wurden. Die Kasse wird eben mehr in Anspruch genommen! Eine Legitimation der Kassenmitglieder existiert in Frankfurt a. M. nicht. Ohne Karte, Mitgliedsbuch usw. kann sich das erkrankte Ortskrankenkassenmitglied zum Arzt begeben, hat sich diesem gegenüber nur als Kassenmitglied auszugeben. Der Arzt meldet dann innerhalb 24 Stunden der Kasse die Personalken, Art der Krankheit usw. des Erkrankten, welche die Mitgliedschaft prüft und dem Arzt abschreibt, wenn das gemeldete Mitglied nicht ermittelt wurde. Bei 118 000 Krankmeldungen wurden jedoch nur 3500 von der Kasse beanstandet, von denen nur 2 Prozent ohne wirklichen Anspruch waren. Man sollte nun annehmen, daß dieses System auf die Frequenz der Frankfurter Ärzte großen Einfluß habe. Wenn das Kassenmitglied vor der ersten Konsultation weder „Arztchein“ noch Erlaubnis der Kasse einzuholen hat, so sollte man glauben, daß eine gerechte Verteilung der Kranken auf die Ärzte stattfinden würde, die besten Ärzte auch am Ende den meisten Zulauf erhielten. Nichts von dem! Die freie Arztwahl hat deshalb der Mehrzahl der Frankfurter Ärzte keinen großen Segen oder größere Sinnabnahme gebracht, wie diese anfangs erhofften, sondern nur die Einführung in die Praxis etwas erleichtert. Gräf schreibt, daß man sich zuerst damit getröstet habe, die freie Arztwahl müsse sich erst nach und nach einleben, die alten Zwangsärzte schon mit der Zeit an Praxis verlieren. „Nach neunjährigem Bestehen der freien Arztwahl in Frankfurt a. M. kann man aber diese Hoffnung aufgeben!“ Auf Grund der Ergebnisse der letzten neun Jahre gibt uns der Verfasser an der Hand von Tabellen eine Übersicht der Arztfrequenz. Das Resultat? Nach neunjährigem Bestehen der freien Arztwahl in Frankfurt a. M. hatten von 214 Kassenärzten 143 Ärzte, gleich 67 Prozent, weniger als 500 Krankheitsfälle im Jahre behandelt. Nur 23 Ärzte hatten über 1000 Krankheitsfälle, davon 3 Ärzte wieder bis 2500 Fälle. „Kassenkönige“. Trotz ständiger Erhöhung des Honorars ist die Bezahlung des Einzelalles von Jahr zu Jahr zurückgegangen, von 2,19 Mk. auf 2,10 Mk. Daraus ergibt sich auch die Einnahme des einzelnen Kassenarztes. Es hatten 5 Ärzte im Jahre 1904 gar keine Fälle, also auch kein Honorar, 125 Ärzte, gleich 60 Prozent, unter 1000 Mk. Kassenhonorar erhalten! 2 Prozent der Ärzte haben ein Einkommen durch die Ortskrankenkasse von 1000 bis 2000 Mk., 8 Prozent der Ärzte 2000 bis 3000 Mk., 3,4 Prozent 3000 bis 4000 Mk. und 3 Prozent 4000 bis 5000 Mk. Was ist die Folge? Ständige Erhöhung des Honorars, da auf die Mehrzahl der Kassenärzte wenig entfällt! Der Verfasser schildert dann die Ständesvertretung der deutschen Ärzteschaft, ihre Mittel, die Kassen zu schröpfen, die Behörden zum Kampfe gegen die Selbstverwaltung derselben mobil zu machen. Ferner die Belastung der Krankenkassen durch die Unfälle, die steigenden Ausgaben der Kassen, die Stellung der Kassenbeamten, die Notwendigkeit einer guten Statistik der Kassen, die ganz brutale Stellung der Regierung den Kassen gegenüber usw. Im Schlußwort faßt Gräf seine Ausführungen nochmals zusammen, daß die Gesetze die Ärzte nicht geschädigt haben, einseitige Kassenverwaltungen längst gute Arzthonorare gezahlt haben. Die freie Arztwahl würde von den Ärzten selbst gewaltig überschätzt und könne auch gefehlich nicht festgelegt werden. Völlig freie Arztwahl ohne Kautelen sei unmöglich. Die Regierung habe sich in dieser Frage neutral zu verhalten. Wollten die Kassenmitglieder freie Arztwahl, so würden sich auch die Kassenvorstände auf die Dauer nicht dagegen sträuben können. Nicht die Versicherungsgesetzgebung könne die Arztfrage lösen, sondern erst die wirkliche Staatshilfe, wenn jedem Menschen die freie Arzthilfe durch die Gesellschaft garantiert würde!

Der Arbeitsnachweis.

(Schluß.)

5. Der paritätisch-öffentliche Arbeitsnachweis.

Die Mängel, welche den in den früheren Artikeln besprochenen Arbeitsnachweisrichtungen mehr oder weniger anhaften, geben Veranlassung, nach einer besseren Organisation zu suchen, und so kam man dazu, den Arbeitsnachweis zum Gegenstand der öffentlichen Verwaltung zu machen. Die erste Anregung in diesem Sinne gab eine Petition, welche aus Arbeiterkreisen im Jahre 1884 an den Reichstag gerichtet wurde. Die Berechtigung der dort geforderten

rechtsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises wurde all-
seitig anerkannt, die Petition wurde dem Reichskanzler als
Material überwiesen und von diesem — zu irgend einem
Zwecke verwendet. Gehört hat man seither nichts mehr von ihr.

Die Frage der Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise
wurde akut, als im Jahre 1902 die Stuttgarter Gewerkschaften
forderten, der vom Gewerbegerichtspräsidenten zu leiten wäre.
Diese Anregung veranlaßte den damaligen Vorsitzenden des
Stuttgarter Gewerbegerichtes Lautenschlager, im Jahre 1893
eine im gleichen Sinne gehaltene Denkschrift der Stuttgarter
Stadtverwaltung einzureichen. In der gleichen Zeit richtete
der Berliner Zentralverein für Arbeitsnachweise an alle
größeren Städte Deutschlands die Bitte, die Errichtung von
Arbeitsnachweisen in Erwägung zu ziehen. Diese Anregung
blieb nicht ohne Erfolg. Ein besonders lebhaftes Interesse
für die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise löste der im
Oktober 1893 abgehaltene soziale Kongress in Frankfurt a. M.
aus. Nachdem die Städte vorangegangen waren, begannen
auch die Staatsverwaltungen sich für die Lösung des Arbeits-
nachweisproblems zu interessieren. Es wurden Erhebungen
veranfaßt, bei welchen sich die norddeutschen Staaten, wie
das in allen sozialpolitischen Dingen üblich, durch eine be-
sondere Schwerfälligkeit auszeichneten, die für den Erfolg
nicht sehr förderlich ist. In Süddeutschland ging man in
dieser Beziehung gründlicher vor.

Als ein Meilenstein in der Entwicklung der öffentlichen
Arbeitsnachweise ist die am 13. September 1897 in Karls-
ruhe tagende Arbeitsnachweiskonferenz zu bezeichnen. Mit
der Lösung der Arbeitsnachweisfrage hatten sich inzwischen
Theoretiker und Praktiker in so großer Zahl beschäftigt, daß
der Besuch der Konferenz alle Erwartungen übertraf. Ihr
wichtigstes Ergebnis war der Beschluß, eine den gesamten
deutschen Arbeitsmarkt umfassende Berichterstattung einzu-
führen, zu welchem Zwecke der Einberufer der Konferenz
Dr. Jastrow die Herausgabe der Zeitschrift „Der Arbeits-
markt“ übernahm. Im folgenden Jahre wurde der „Ver-
band deutscher Arbeitsnachweise“ gegründet, zu dessen Vor-
sitzenden Dr. Freund-Berlin gewählt wurde. Als Verbands-
organ wurde „Der Arbeitsmarkt“ bestimmt. Seither haben
sich auch die Reichsbehörden der Sache insofern angenommen,
als in dem seit dem 1. April 1903 erscheinenden „Reichs-
Arbeitsblatt“ eine möglichst umfassende Berichterstattung über
die Lage des Arbeitsmarktes gegeben wird.

Die Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise erfolgt
zum Teil direkt durch die Gemeindebehörden, zum Teil durch
gemeinnützige Vereine, die von der Gemeinde unterstützt
werden, welche letztere sich vielfach auch die Oberleitung vor-
behalten hat. Über den Wert der verschiedenen Einrichtungen
sind die Meinungen geteilt. Man sagt den Arbeitsnach-
weisen, die von gemeinnützigen Vereinen geleitet werden,
nach, daß sie eine größere Entwicklungsfähigkeit besitzen,
daß die Mitwirkung von Interessenten und Sachverständigen
bei ihnen mehr zur Geltung käme, auch daß sie sparsamer
arbeiten als die direkt unter städtischer Verwaltung stehenden
Arbeitsnachweise. Diesen Vorzügen stehen aber auch nicht
unerhebliche Nachteile gegenüber, und tatsächlich ist in Deutsch-
land der kommunale Arbeitsnachweis im Vordringen begriffen.

Der öffentliche Arbeitsnachweis soll vor allem unparteiisch
geleitet werden, deshalb schlägt Lautenschlager in seiner be-
reits erwähnten Denkschrift die Wahl der Kommissions-
mitglieder durch die Besitzer des Gewerbegerichtes, und den
Gewerbegerichtspräsidenten als den Vorsitzenden der Auf-
sichtskommission vor. In den verschiedenen Städten ist man
von diesem Vorschlag mehr oder weniger stark abgewichen,
wohl am weitesten in Gera, wo neben zwei Ratsherren,
zwei Stadtverordneten und einem sonstigen Unternehmer
nur ein Arbeiter sitzt. In Erfurt hat man die Arbeiter der
Mühe enthoben, Vertreter zu wählen; die Arbeitervertreter
werden dort von den Stadtverordneten bestimmt.

Gegen die Parität wird von dem Großunternehmertum
der Einwand erhoben, daß sie eine Phrase sei. Die Sozial-
demokraten hätten bereits unter den kleinen Arbeitgebern
eine starke Verbreitung gefunden, die zur Folge haben kann,
daß die Mehrheit der Kommission sozialdemokratisch gesinnt
ist. Das wäre für die Schachmacher der schrecklichsten der
Schrecken und deshalb bringen sie dem öffentlichen Arbeits-
nachweis das größte Mißtrauen entgegen. Die organisierte
Arbeiterchaft steht dagegen dem öffentlichen Arbeitsnachweis
weniger ablehnend gegenüber, doch wird auch von dieser
Seite Zweifel in die völlige Unparteilichkeit der Leitung ge-
setzt. Von einem beträchtlichen Teil der Gewerkschaftsführer
wird allerdings die Errichtung von öffentlichen Arbeitsnach-
weisen gern gesehen und gefördert. Conrad glaubt, daß da-
bei die Absicht maßgebend ist, mit der Zeit die Leitung ganz
in die Hände zu bekommen, so daß der öffentliche Arbeits-
nachweis schließlich doch eine Waffe im Klassenkampf werden
würde. Dieses angebliche Streben nach der Alleinherrschaft
wird als Grund dafür angegeben, daß die Frage der gleich-
mäßigen Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in
der Kommission literarisch und praktisch einer Revision unter-
zogen wurde.

Diese Revisionisten haben entdeckt, daß die Beschränkung
der Wahlberechtigung auf die gewerblichen Arbeiter auf
nichts weiter hinausläuft als auf eine Privilegierung
der organisierten Arbeiter auf Kosten der viel zahlreicheren
ungelesenen Arbeiter. Und damit der berühmte sozial-
demokratische „Terrorismus“ nicht fehle, berichtet Conrad
nach den Schriften des Verbandes deutscher Arbeits-
nachweise eine Schauermär aus Frankfurt a. M., wo ange-
sichts der sozialdemokratischen Gewerbegerichtsbeisitzer von
der Leitung der Partei so eingeschüchelt worden seien,
daß sie sich nicht getrauten, die Wahl für die Verwaltungs-
kommission des Arbeitsnachweises vorzunehmen. Die kriti-

lose Nachzählung dieser Räubergeschichte wirkt hier um so
unangenehmer, als Conrad den wirklichen Grund der Nicht-
beteiligung kennt, denn er erwähnt einige Seiten weiter,
daß an der Verfassung einer Streiktafel in Frankfurt a. M.
die Beteiligung der dortigen organisierten Arbeiterchaft ge-
scheitert sei. — Wenn die Leitung des öffentlichen Arbeits-
nachweises so geregelt ist wie in Gera oder Erfurt oder
einigen anderen Orten, dann kann es freilich nicht wunder-
nehmen, wenn die Arbeiterchaft diesen Instituten höchst
mißtrauisch gegenübersteht.

Ein Prüfstein für die Unparteilichkeit der öffentlichen Ar-
beitsnachweise ist ihr Verhalten bei Streiks und Aus-
sperrungen. Die Streiktafel, nach welcher während der
Dauer eines Streiks die Vermittlung für das betreffende Ge-
werbe ganz eingestellt wird, findet sich selten in den Statuten
der öffentlichen Arbeitsnachweise. Vielfach beschränken diese
sich darauf, die bei dem Streik in Betracht kommenden Be-
triebe durch Anschlag an den Tafeln oder durch mündliche
Mitteilung bekanntzugeben, im übrigen aber die Vermittlung
fortzusetzen. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise
steht mit seinem Vorsitzenden, Dr. Freund, auf dem Stand-
punkt, daß in den Statuten jede Rücksichtnahme auf Streiks
und Sperrungen zu vermeiden ist; damit soll gesagt sein, daß der
Arbeitsnachweis sich in solche Kämpfe nicht einmengen will.
Dieser Standpunkt wird damit begründet, daß die Arbeiter
erfahrungsgemäß keinen Nachteil von dem Weiterfunktion-
nieren des Nachweises hätten, da die Tatsache des Streiks
schnell unter der Arbeiterchaft bekannt wird, und wenn
unter ihr keine Streikbrecher vorhanden sind, dann wird auch
der Arbeitsnachweis keine Gelegenheit haben, solche zu ver-
mitteln. Wegen diese Argumentation lassen sich gewichtige
Einwendungen erheben, daß haben diejenigen Arbeitsnach-
weise erkannt, die bei Streitfällen ihre Vermittlungstätigkeit
von einem einzuholenden richterlichen Schiedsspruch abhängig
machen. Es ist zuzugeden, daß diese Anstalten das Möglichste
getan haben, ihren unparteiischen Charakter zu wahren, und es
wäre zu wünschen, daß dieses System weitere Verbreitung fände.

Vom Großunternehmertum, welchem die Gleichberechtigung
der Arbeiter ein Grauel ist, wird gegen den öffentlichen
Arbeitsnachweis öfters der Einwand erhoben, daß er sich
zur Vermittlung gelehrter Industriearbeiter wenig eigne.
Dieser Einwand ist insofern berechtigt, als in den nord-
deutschen Großstädten die Maßregelungsbureaus der Groß-
unternehmer einen großen Einfluß ausüben, dagegen bezieht
sich in Süddeutschland die Mehrzahl der Vermittlungen auf
gelernte Arbeiter. Das Streben der öffentlichen Arbeits-
nachweise, die Zentralstelle für den örtlichen Arbeitsnachweis
zu werden, ist noch nirgends verwirklicht, es ist ihm aber
schon gelungen, den gewerksmäßigen Arbeitsnachweis zum
Teil beträchtlich zurückzubringen. Auch die Auffassung der
einseitigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmernachweise hat sich
bisher als unüberwindlich erwiesen; doch haben sich zum
Beispiel in München und in Stuttgart eine beträchtliche Zahl
beruflicher Nachweise zugunsten des paritätischen öffentlichen
Nachweises aufgelöst. Übrigens wäre, wie Conrad mit
Recht hervorhebt, bei vollständiger Durchführung der Zen-
tralisation die Arbeit in den Großstädten kaum zu bewältigen.
Der Zweck wird daher auch erreicht, wenn vorhandene Fach-
arbeitsnachweise statt zur Auflösung zur Angliederung an
den öffentlichen Arbeitsnachweis schreiten.

Für den Erfolg des öffentlichen Nachweises ist die richtige
Auswahl der Beamten von großer Bedeutung. Der Ver-
walter ist die Seele des Arbeitsnachweises; ist ein ungeei-
gelter Mann an diese Stelle gesetzt, dann kann er die Ent-
wicklung des Nachweises ernsthaft gefährden. Die Praxis
hat es schon oft genug gelehrt, daß die besten Beamten zu
stellen und die Unterbeamtenstellen mit Personen aus dem
Handwerkerstand zu besetzen. Die Ausübung der Funktion
des Arbeitsnachweisesverwalters im Nebenamt hat sich nicht
als zweckdienlich erwiesen, da jede Ausdehnung des Geschäfts-
betriebes des Arbeitsnachweises eine Mehrbelastung des Be-
amten bedeutet, welcher er mehr oder weniger offenen Wider-
stand entgegensehen wird.

Mit der Befriedigung des lokalen Bedürfnisses, soweit
er dazu überhaupt in stande ist, hätte der öffentliche Arbeits-
nachweis seine Aufgabe nur teilweise erfüllt. Zum Zwecke
des leichteren Austausches von Arbeitskräften haben sich
daher die Arbeitsnachweise zu Bezirks- und Landesverbänden
zusammengeschlossen, deren einzelne Glieder in regelmäßigem
Verkehr miteinander stehen. Dieser Verkehr wickelt sich in
den verschiedensten Formen ab; meist wird er durch eine
Zentrale vermittelt. Es ist in der Natur der Sache be-
gründet, daß von der Arbeitsvermittlung nach auswärts der
ansässige und verheiratete Industriearbeiter nur in seltenen
Fällen Gebrauch machen kann. Die in den süddeutschen
Staaten gewährte Vergünstigung bei Benutzung der Eisen-
bahn zum Zwecke des Arbeitsantritts an einem entfernten
Orte kommt deshalb nur einem verhältnismäßig kleinen
Kreise von Industriearbeitern zugute. Größere Bedeutung
hat die interlokale Vermittlung für die ländlichen Arbeit-
geber. Allerdings befürchten diese, daß die Veröffentlichung
der offenen Stellen den Zug der Arbeiter nach der Stadt
befördern könnte. Diese Befürchtung hat sich im großen und
ganzen als unbegründet erwiesen, doch wird von einigen
Arbeitsnachweisen darauf in weitgehendem Maße Rücksicht
genommen. In Bayern zum Beispiel wird bei der Aus-
schreibung offener Stellen fortgesetzt darauf aufmerksam ge-
macht, daß prinzipiell auswärtigen landwirtschaftlichen und
Gelegenheitsarbeitern, sowie Diensthöfen nur wieder auf
dem nächsten Lande zu Arbeit verholten wird. Dem Münchener
Arbeitsnachweis wird aus diesem Grunde von der Arbeiter-
schaft der Vorwurf gemacht, er diene agrarischen Interessen;
unseres Erachtens nicht mit Unrecht.

Zu den Aufgaben der einzelnen Arbeitsnachweise und
der Verbände gehört die Führung einer Statistik. Das dort
gewonnene Material wird allmonatlich im Auftrag des Ver-
bandes deutscher Arbeitsnachweise zusammengestellt und ver-
öffentlicht. Der Statistik hängen zwar noch mancherlei
Mängel an, doch ist ihr Wert nicht zu unterschätzen. Es sei
nur darauf hingewiesen, daß es auf Grund der Statistik
dem Dr. Jastrow möglich war, im Frühjahr 1900 das Heran-
nahen und den Charakter der Krise einige Monate früher festzu-
stellen als die sonst in solchen Dingen sehr empfindliche Börse.

So wenig es bestritten werden kann, daß durch den
paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweis ein wesentlicher
Fortschritt auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung erzielt
worden ist, so kann doch nicht behauptet werden, daß nun-
mehr das Problem des Arbeitsnachweises gelöst sei. Es tauchen
deshalb immer wieder neue Projekte auf, welche eine Lösung
dieses Problems bezwecken, sie haben aber meistens das mit-
einander gemein, daß sie zwar dem Erfindungsgeist der be-
treffenden Autoren alle Ehre machen, in der Praxis jedoch
kaum verwendet werden können. Das verfolgte Ziel ist nicht
auf dem Wege zu erreichen, daß neue, von allen Schlacken
befreite Projekte ausgeheckt werden, sondern durch zielbewußte
Verbesserung und den Ausbau der bestehenden Einrichtungen.

Am der Tatsache, daß Kommune und Staat, welche den
Arbeitsnachweis in mehr oder weniger energischer Weise in
die Hand genommen haben, trotz der von verschiedener Seite
gedauerten Bedenken, die geeignetsten Organe für die Er-
füllung dieser Aufgabe sind, dürfte nicht zu zweifeln sein.
In erster Linie glaubt Conrad diesen Einrichtungen die
Arbeitsvermittlung für die ungelerten Arbeiter einschließ-
lich der landwirtschaftlichen Arbeiter zuweisen zu sollen. Da-
gegen empfiehlt er, die bestehenden Facharbeitsnachweise
insbesondere in den größeren Städten bestehen zu lassen,
eventuell unter Zusammenlegung der Nachweise für schwach
vertretene Gewerbe. Es wäre jedoch dahin zu wirken, daß
die Facharbeitsnachweise paritätisch organisiert und dem all-
gemeinen Arbeitsnachweis angegliedert würden. Für das
gute Funktionieren eines Arbeitsnachweises ist das erste Er-
fordernis, daß er auch von den Interessenten frequentiert
wird. Angesichts der Widerstände, welche der öffentliche
Arbeitsnachweis in dieser Beziehung zu überwinden hat, ist
von den beteiligten Kreisen die Einführung des gesetzlichen
Zwanges für die Benutzung erwogen worden. Von einer
ganzen Reihe von Theoretikern und Praktikern wird der ge-
setzliche Zwang befürwortet; unbedingte Gegner desselben
sind vor allem jene Großunternehmer, die in der „Arbeits-
geber-Zeitung“ ihre Vertretung finden. Das ist verständlich,
wenn man sich erinnert, mit welchem Raffinement sie ihre
Maßregelungsbureaus ausgebaut haben.

Nun darf nicht übersehen werden, daß eine reichsgesetz-
liche Regelung des Arbeitsnachweises in absehbarer Zeit
keine Aussicht auf Erfolg hat. Conrad weist deshalb darauf
hin, daß der Arbeitsnachweis auch ohne den gesetzlichen
Zwang auf die obligatorische Benutzung hinarbeiten kann.
Die den kommunalen Arbeitsnachweisen angegliederten pari-
tätischen Facharbeitsnachweise wären über ganz Deutschland
zu zentralisieren und so auszugestalten, daß auch die wider-
strebenden Elemente genötigt wären, sich ihrer zu bedienen.
Eine Organisation, wie sie im Buchdruckergewerbe zur Auf-
rechterhaltung des Tarifs durchgeführt ist, müßte sich auch
da erreichen lassen, wo es um die Benutzung des öffentlichen
beziehungsweise paritätisch-beruflichen Arbeitsnachweises geht.

Wer die Verhältnisse in der Praxis kennt, der weiß,
welche Schwierigkeiten zu überwinden wären, um diesen
Plan zur Durchführung zu bringen; sie sind zum mindesten
nicht kleiner als die Hindernisse, welche der gesetzlichen
Regelung des Arbeitsnachweises entgegenstehen. Aus den
Darlegungen geht aber hervor, daß das Problem der Ar-
beitsvermittlung von seiner endgültigen Lösung noch weit
entfernt ist. Im Interesse unserer Kollegen würde es liegen,
wenn sie diesem Gebiet eine größere Aufmerksamkeit zuwenden
würden, als es bisher vielfach geschehen ist.

Agitation.

Zum Gau Frankfurt a. M.

Die erste Versammlung auf meiner Tour, in Offenbach
am Main, war von gut 180 Kollegen besucht. Die Stimmung
der dortigen Kollegen ist trotz des verlorengegangenen
Streiks eine kampfesfreudige; die Zahlstelle ist in steter Ent-
wicklung begriffen. Bemerkenswert ist, daß trotz des
Mißerfolges der durchschnittliche Stundenlohn um
3 bis 4 Pf. gestiegen ist, wieder ein Beweis, daß
auch bei einem verlorengegangenen Streik bei Aus-
dauer der Mitglieder in der Organisation Vorteile
zu erreichen sind. Die Kollegen sind auf dem besten Wege,
die erhaltene Schluppe in nächster Zeit wieder auszuweken.
Am nächsten Tage, Sonntag, sprach ich in Aschaffenburg.
Die Versammlung hätte besseren Besuch aufweisen können,
ca. 60 Mann, darunter auch einige Christliche, waren anwesend,
letztere zogen es vor, in der Diskussion zu schweigen. Die
Zahlstelle macht ständig Fortschritte, trotz der Zerstückelungs-
arbeit des christlichen Sekretärs Döwald, der hier seinen Sitz
hat. Mein nächstes Ziel im Laufe des Nachmittags war
Kumpenheim, eine der ältesten Zahlstellen. Die Mit-
glieder derselben sind fast sämtlich in der dortigen Fabrik
für Nähmaschinenmöbel beschäftigt. Dadurch, daß in nächster
Nähe, in Würzeln, zu gleicher Zeit eine Solzarbeiterver-
sammlung tagte, und durch zum Teil verspätete Einladung
war die Versammlung nur mittelmäßig besucht. Eine sehr
gut besuchte Versammlung war am nächsten Tage in Hanau,
trotz des strömenden Regens. Der Verlauf der Versammlung
war sehr interessant und zählten wir dort über 200 Mitglieder.
Den darauffolgenden Tag ging's nach Kellheim im Taunus.
Besuch wie Verlauf der Versammlung war befriedigend. Nicht
so in Darmstadt. Die Mitgliederzahl, über 600, hätte auf
einen stärkeren Besuch schließen lassen aber erst kurz zuvor

war eine öffentliche Versammlung, dazu die Gewerbegerichts- wahl vor der Tür. So hatten sich nur gegen 200 Kollegen eingefunden. Nun nach Bensheim; der Besuch war ein guter, eine rege Diskussion schloß sich an das Referat. Die Organisation gewinnt mehr und mehr an Boden, doch sollte sich auch die große Mehrzahl der in der dortigen Kammfabrik beschäftigten Kollegen dem Solzarbeiterverband anschließen, statt es bei Sympathieerklärungen zu lassen. An der gleichen Straße aufwärts liegt das alte Städtchen Weinheim. Die Ver- sammlung dort hätte besseren Besuch aufweisen sollen, sind dort doch nicht weniger als 500 Solzarbeiter beschäftigt, wovon kaum 60 organisiert sind. Also auch ein großes Arbeitsfeld.

Mein nächstes Ziel war Ludwigshafen. 200 Kollegen waren in der Versammlung, ein kampfesruher Geist in der Zahlstelle, die zurzeit 350 Mitglieder stark ist. Die Arbeits- zeit ist eine neuneneinhalbstündige. Nachmittags sprach ich in Neustadt a. S. vor gut besuchter Versammlung. 50 Mit- glieder gehören dort dem Verband an. Am nächsten Tage führte mich mein Weg nach Speyer. Industrie für Holz- bearbeitung ist in dieser Stadt sehr wenig zu verzeichnen. In der Versammlung waren 40 Kollegen anwesend. Die Mitgliederzahl ist 75, die Kollegen sind verhältnismäßig gut organisiert. Von Speyer ging's nach Edenkoben. Die Kollegen sind dort lediglich auf eine Fabrik angewiesen, die zirka 150 Arbeiter beschäftigt. Die Mitgliederzahl beträgt nur 26, in der Versammlung waren 32 erschienen. Ein Haupthindernis für die Entwicklung der dortigen Zahlstelle ist, daß eine Reihe alter und einflussreicher Kollegen wohl politisch organisiert sind, zur gewerkschaftlichen Organisation jedoch nicht zu haben sind.

Aus der freundlichen Pfalz nach Saarbrücken. Die Versammlung war erfreulicherweise recht gut besucht, es mochten ungefähr 150 Kollegen sein. Die Christlichen hatten auf denselben Abend ebenfalls eine Versammlung mit aus- wärtigen Referenten anberaumt, ganze acht Männchen hatten sich dort eingefunden. Ein noch sehr junger, dafür aber mit einer sehr großen Dosis Dreistigkeit versehener christlicher Gewerkschaftler glaubte für den Verrat des Christlichen Solzarbeiterverbandes eine ganze Anleihe zu müssen. Die gründliche Abfuhr, die diesem Herrn zuteil geworden ist, dürfte ihm noch lange in den Ohren geklungen haben. Mein nächstes Ziel war Metz. Auch hier ist ein festes Wachen der Zahlstelle, die zurzeit 220 Mitglieder in sich vereinigt. Eine sehr gut besuchte Versammlung war zu ver- zeichnen. Geklagt wird über die noch sehr lange Arbeits- zeit, zum Teil noch elf Stunden, sowie über die Unempfind- lichkeit der Französisch sprechenden Kollegenchaft gegenüber der Organisationsidee.

Dann zurück nach Kaiserslautern. Zur Zeit meiner Ankunft ward eben die Möbelfabrik von Andree ein Raub der Flammen geworden; es waren zirka 150 Arbeiter dort beschäftigt. Unsere Zahlstelle hat sich in letzter Zeit be- deutend gehoben, sie zählt 250 Mitglieder. Die Veram- lung war von 200 Kollegen besucht. Auch konnten hierbei noch 35 Aufnahmen gemacht werden. Aufgabe der Kol- legenchaft dortselbst wird es nun sein, den Ausbau der Or- ganisation energisch in die Hand zu nehmen, um so mehr, als dort nahezu 800 Solzarbeiter beschäftigt sind. Die nächste Versammlung war in Frankenthal. 65 Kollegen waren zur Versammlung erschienen. Die Organisationsverhältnisse sind zufriedenstellend. Nachmittags führte mich mein Weg nach Oggersheim, wo sich 30 Kollegen eingefunden hatten. Die Kollegen dieses Ortes arbeiten fast sämtlich in den be- nachbarten größeren Städten, wie Ludwigshafen, Mannheim, so daß eine Vergrößerung der Zahlstelle nicht in größerem Maße stattfinden kann.

Montagabend sprach ich in Worms vor zirka 150 Kol- legen. Die Kollegen hatten kurz vorher durch längeren Streit den Neunhunderttag errungen, nun heißt es, diesen festzu- halten und daranzugehen, auch die Wohnverhältnisse zum Besseren zu regeln. Hierzu bedarf es der Mithilfe sämtlicher Kollegen. Die Mitgliederzahl ist zurzeit 200. Der nächste Tag führte mich nach Mainz. Die Versammlung, die gleich nach Arbeitschluß einberufen wurde, wies einen guten Besuch auf.

Eine sehr gut besuchte Versammlung war auch in Höchst zu verzeichnen. 350 Kollegen waren zu dieser Versammlung erschienen, die unter sachgemäßer Leitung einen zufrieden- stellenden Verlauf nahm. Das fünfte Hundert der Mitglieder ist bereits überschritten, der Geist der Kollegenchaft ist ein guter. Die nächste Versammlung war in Frankfurt a. M. Von 1800 Mitgliedern hatten sich kaum 200 eingefunden. Auch hier trifft dasselbe zu, was auch in Mainz den Ver- sammlungsbesuch beeinträchtigt, nämlich die Verlegung der Hauptagitation in Werkstätten- und Fabrikversammlungen. Dazu kommt noch, daß die Kollegen mehr und mehr in die umliegenden Vororte verziehen, was den Versammlungsbesuch schon er- schwert. Der nächste Tag führte mich nach dem benachbarten Fachingheim. Diese Versammlung hatte besser besucht sein dürfen; bei über 60 Mitgliedern der Zahlstelle waren nur 20 anwesend. Hierauf nach Wiesbaden; auch hier eine zufriedenstellende Versammlung. Die Organisation macht ständige Fortschritte. Nun den schönsten Teil des Rheines entlang nach Coblenz. Aber dieser Versammlung waltete kein guter Stern. Trotz den 180 am Orte befindlichen Mit- gliedern erschienen nur gegen 40 in der Versammlung. Dazu kam noch, daß erst gegen halb 12 Uhr die Versammlung er- öffnet werden konnte, weil die Anmeldung nicht richtig er- folgt war. Ein Erfolg war infolge dessen nicht zu verzeichnen. Mögen die Kollegen dort Sorge tragen, daß sowohl Agitation wie Versammlungsbesuch in Zukunft besser werden. Nach- mittags sollte ich in Neuwied referieren. Als ich nach dort hin zur rechten Zeit kam, mußte ich erfahren, daß die Versam- lung nicht in Neuwied, sondern in dem sechs Kilometer ent- fernten Orte Leutesdorf stattfinden sollte, in der üblichen Weise, auch die Kollegen in Andernach für die Organi- sation zu gewinnen. Nun hieß es, sich auf die Beine zu machen, eine Zugverbindung gab es nicht mehr. Ziemlich spät, aber immerhin noch zeitig genug, kam ich in Ver- sammlungslokal an, wo zum Glück Kollege Müller aus Ebn in ebenfalls anwesend war, der zuerst sein Referat über den Streikbruch der Christlichen in Ebn hielt. Die Ver- sammlung war gut besucht, eine Anzahl Kollegen ließ sich in den Verband aufnehmen.

Am nächsten Tage kam ich nach Gießen. Bei einer Mitgliederzahl von 90 Kollegen war die Versammlung gut

befucht; es mochten zirka 80 Personen sich eingefunden haben. Es geht auch hier erfreulicherweise vorwärts. In Mar- burg, dem malerischen Universitätsstädtchen, war die Ver- sammlung ebenfalls zufriedenstellend, nur klagten die Kollegen dort über die Unzugänglichkeit der älteren Kollegen in den Werkstätten. Den Schluß meiner abwechslungsreichen, jedoch ziemlich von schlechtem Wetter beeinflussten Tour bildete eine sehr gut besuchte und interessant verlaufene Versammlung in Friedberg.

Alles in allem genommen, muß konstatiert werden, daß es im Gau Frankfurt auf der ganzen Linie vorwärts geht. Nicht bloß ist überall eine zum Teil sehr große Mitglie- derzunahme zu verzeichnen, sondern fast im entlegensten Dorfe finden wir schon Einzelmitglieder, Anknüpfungspunkte für spätere Agitation und Organisation. Besonders ist es erfreulich, daß trotz des Druckes in den Saarstädten, es in Lothringen flott vorwärts geht.

Soll nun eine weitere Zunahme von Mitgliedern er- folgen, so ist es jetzt Hauptfordernis, daß in den einzelnen Zahlstellen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht wird, die uns noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen, ins- besondere durch planmäßige Werkstätten- und Hausagitation.

In den meisten Fällen sind auch die Einladungen zu den Versammlungen planmäßig erfolgt, wo hier gefehlt worden, muß dies durch nachhaltige Agitation wieder wettgemacht werden. Des weiteren ist noch zu berichten, daß alle die Versammlungen, die sofort nach Arbeitschluß ein- berufen waren, guten Besuch aufwiesen.

Erschwerend für Aufklärung und Mitgliedererwin- nung ist entschieden auch das Auswärtswohnen eines großen Teils von Kollegen. Angewiesen auf die Venützung der Arbeiter- züge, sind diese Kollegen schwer zum Versammlungsbesuch zu bewegen und muß deshalb die Agitation aus den Städten heraus in diese kleinen Orte getragen werden.

Um nun diese Aufklärungsarbeit erfolgreich zu machen, ist die Mitarbeit der gesamten organisierten Kollegenchaft dringend notwendig, der Lohn wird die Gewinnung einer Reihe von neuen Streikern sein, dies wird uns in die Lage versetzen, noch größere Erfolge zu erzielen.

Mit Befriedigung können die Kollegen des Gau's Frank- furt trotz manchen Ungemachs sagen: „Wir marschieren!“
Gg. Simon.

Soziales.

Gegen die freien Hilfskassen.

Unter den Gesezentwürfen, welche die Regierung dem Reichstag bei seinem Zusammentritt vorgelegt hat, befindet sich auch ein solcher über die Hilfskassen. Nach der Begründung, die dem Gesezentwurf beigegeben ist, soll vor allem die Möglichkeit geschaffen werden, den Schwindeltätern zu Leibe zu gehen. Bisher war das nicht in wünschens- werter Weise möglich, denn wenn die Statuten der Kasse den gesetzlichen Anforderungen genügen, dann muß dies auf Antrag den Kassen amtlich bescheinigt werden.

Diesen Zustand machen sich nur zu oft geriebene Gauner zunutze. Es werden Kassen gegründet, auf deren erster Generalversammlung die Gründer unter sich sind. Diese verteilen die mit recht hohen Gehältern dotierten Vorstand- posten unter sich, und nun geht es an das Werben von Mit- gliedern, zu welchem Zwecke an möglichst vielen Orten ge- riebene Agenten angestellt werden. Die amtliche Bescheini- gung, daß die Kasse den Anforderungen des Hilfskassen- gesezes entspricht, dient als Köder, auf den ungeachtet aller Warnungen immer noch Dumme genug hereinfallen. Zu spät finden sie, daß ihre Beiträge lediglich dazu verwendet wurden, den Vorstandsmitgliedern und Agenten ein gutes Einkommen zu sichern, denn sobald es an das Ausschalen des Krankengeldes geht, ist für diesen Zweck kein Geld vor- handen. Die amtliche Bescheinigung, mit welcher so viel Un- glück getroffen ist, bezieht sich nämlich nur darauf, daß das Statut in Form der gesetzlichen Anforderungen entspricht, denn die Zulassungsbehörde ist nicht befugt, den Geschäfts- plan und seine versicherungstechnischen Unterlagen zu prüfen; sie darf nicht den Nachweis eines hinreichenden Betriebs- fonds und die Hinterlegung einer angemessenen Sicherheit erfordern; sie muß die Kasse zulassen, auch wenn sie die be- gründetsten Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der leitenden Persönlichkeiten hegt.

Diesem Zustand soll der neue Gesezentwurf abhelfen, der einleitend bestimmt: Daß Gesez über die ein- geschriebenen Hilfskassen wird aufgehoben. Die wesentlichen Vorschriften sind in folgenden Paragraphen niedergelegt:

§ 3. Die Vorschriften der Reichs- und Landesgeseze, die sich auf die eingeschriebenen Hilfskassen und deren Mit- glieder beziehen, gelten für die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, die zum Betrieb der Versicherung ihrer Mitglieder gegen Krankheit befugt sind, und für deren Mit- glieder.

Die Mitglieder dieser Versicherungsvereine sind von der Verpflichtung, der Gemeindefrankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesezes errichteten Krankenkasse anzugehören, nur dann befreit, wenn die Satzung außer den Bestimmungen des § 75 des Krankenversicherungsgesezes den nachstehenden Anforderungen genügt: 1. Der Beitritt darf von der Beteiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nur dann abhängig gemacht werden, wenn eine solche Beteiligung für sämtliche Mitglieder bei Errich- tung des Versicherungsvereins durch die Satzung vor- gesehen ist. Im übrigen darf den Mitgliedern die Ver- pflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Zwecke des Versicherungsvereins in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden. 2. Als Krankenunterstützung dürfen den Mitgliedern nur Krankengeld, ärztliche Behand- lung, Arznei und andere Heilmittel, Verpflegung in einem Krankenhaus sowie die geeigneten Mittel zur Erleichterung der ihnen nach der Genesung verbliebenen körperlichen Mängel gewährt werden. Auch darf die Krankenunter- stützung an Wöchnerinnen sowie eine Schwangerschaftsunter- stützung gewährt und die Gewährung ärztlicher Behandlung und von Arznei an die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden. Den Hinterbliebenen verstorbener Mit- glieder darf ferner eine Beihilfe gewährt werden, welche das

Zehnfache der wöchentlichen Unterstützung, auf welche das verstorbene Mitglied Anspruch hatte, nicht überschreitet. 3. Zu anderen Zwecken als den in Nr. 2 bezeichneten Unter- stützungen und der Deckung der Verwaltungskosten dürfen weder Beiträge von den Mitgliedern erhoben werden, noch Verwendungen aus dem Vermögen des Versicherungsvereins erfolgen. 4. Dem Vorstand und dem Aufsichtsrat dürfen nur volljährige und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Mitglieder angehören; auch dürfen nur solche Mitglieder im obersten Organ (Versammlung von Mit- gliedern oder von Vertretern der Mitglieder) ein Stim- mrecht ausüben. 5. Wegen Überschreitung der Altersgrenze, über welche hinaus nach Bestimmung der Satzung Mit- glieder nicht aufgenommen werden, und wegen Veränderung des Gesundheitszustandes, von welchem nach Bestimmung der Satzung die Aufnahme abhängig ist, darf der Ausschuß nicht erfolgen. Wegen des Austritts oder Ausschlusses aus einer Gesellschaft oder einem Verein können Mitglieder nicht ausgeschlossen werden, wenn sie dem Versicherungsverein be- reits zwei Jahre angehört haben. Erfolgt ihre Ausschließung vor dieser Zeit, so haben sie mindestens Anspruch auf Ersatz des von ihnen bezahlten Eintrittsgeldes.

Die Befreiung von der Verpflichtung der Gemeindefranken- versicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenverfiche- rungsgesezes errichteten Krankenkasse anzugehören, ist ferner davon abhängig, daß dem Versicherungsverein eine Bescheini- gung gemäß § 75 a des Krankenversicherungsgesezes erteilt ist, welche sich zugleich darauf erstreckt, daß die Satzung dieses Vereins den Anforderungen des Abs. 2 Nr. 1 bis 5 entspricht.

§ 4. Versicherungsunternehmungen, die beim Inkrafttreten des Gesezes auf Grund des Gesezes über die eingeschriebenen Hilfskassen zum Geschäftsbetrieb befugt sind, bedürfen zur Fortsetzung ihres Geschäftsbetriebs in den bisher durch die Zulassung gestatteten Grenzen keiner Erlaubnis nach Maß- gabe des Gesezes über die privaten Versicherungsunter- nehmungen.

§ 5. Die einer Versicherungsunternehmung als ein- geschriebener Hilfskasse auf Grund des § 75 a des Kranken- versicherungsgesezes ausgestellte Bescheinigung ist zu wider- rufen, wenn die Versicherungsunternehmung den Bestim- mungen des § 3 Abs. 2 Nr. 1 bis 5 zuwiderhandelt. Alle Bescheinigungen der bezeichneten Art verlieren am 1. Januar 1907 ihre Gültigkeit, sofern sie nicht nach der Verkündung dieses Gesezes von neuem erteilt worden sind.

Ob mit diesen Bestimmungen der gewollte Zweck zu er- reichen ist, muß billig bezweifelt werden. In der Begrün- dung wird zwar gesagt, daß viele Hilfskassen eine einwand- freie Tätigkeit entfaltet haben, insbesondere die Betriebs- kassen, doch ist die Vermutung durchaus nicht unberechtigt, daß mit dem Gesezentwurf neue Schitanen gegen die unter der Selbstverwaltung der Arbeiter stehenden Hilfskassen ge- plant sind. Besonders verdächtig ist das den Betriebskassen gegenübende Lob, denn diese Betriebskassen gehören zu den sogenannten „Wohlfahrtsvereinigungen“, gegen welche die Arbeiterschaft einen nur zu begründeten Abshen hat. Freilich haben die Arbeiter in die Verwaltung der Betriebskassen formell und tatsächlich sehr wenig dreinzureden, und dieser Umstand dürfte es sein, der das besondere Wohlgefallen der Regierung erregt.

Es bleibt zunächst abzuwarten, ob und in welcher Form die Vorlage Gesezestraft erhält.

Kongress freier Hilfskassen. Ein Kongress der ein- geschriebenen und der auf Grund landesrechtlicher Vor- schriften errichteten Hilfskassen ist vom Verband freier Hilfs- kassen (Sitz Hamburg), dem Deutschen Krankenkassenverband (Sitz Dresden) und den Vereinigten Hilfskassen von Ham- burg-Altona auf den 16. Januar 1906 nach Berlin ein- berufen, um zu dem Gesezentwurf über die freien Hilfskassen Stellung zu nehmen. Jede Kasse kann allein oder mit anderen zusammen durch einen oder mehrere Dele- gierte vertreten sein. Die Delegierten haben sich durch ein Mandat ihrer Kassen vorzulegen zu legitimieren. Die Mit- gliederzahl ist ebenfalls anzugeben, auch muß das Statut und der Rechnungsabshluß für 1904 eingereicht werden, um Schwindeltätern von der Vertretung ausschließen zu können. Anträge zum Kongress sind an C. Deisinger, Hamburg, Hohe Weiche 34, so frühzeitig einzufenden, daß sie dem Kongress gedruckt vorgelegt werden können.

Eine Statistik des Achthunderttags in deutschen Gasanstalten hat der „Verband deutscher Gemeinde- und Staatsarbeiter“ aufgestellt. Danach ist der Achthunderttag eingeführt in Bremen seit 1890, in Mannheim seit dem 16. März 1900, in Mainz seit dem 13. Juli 1900, in Offen- bach seit dem 28. Juli 1900, in Erfeld seit dem 1. April 1902, in Königsberg seit Juli 1902, in Fürth seit August 1902, in Stuttgart seit dem 15. Mai 1903, in Chemnitz seit dem 1. Februar 1904, in Ludwigshafen am Rhein seit Anfang 1904, in Warmen seit dem 1. April 1905, in Bielefeld seit dem 16. Oktober 1905, in Frank- furt a. M. (Anstalt Gullenstraße) seit dem 16. Oktober 1905 und in Würzburg seit Mitte Oktober 1905. Beschlossen ist die Einführung zum 1. April 1906 in Elberfeld und Dresden. In Berlin wird der Achthunderttag auf ein Jahr probeweise im Detortenhaus der Gasanstalt Danziger- straße durchgeführt.

Der Pferde- und Hundfleischkonsum ist in dauerndem Steigen begriffen, der Konsum des Fleisches gewöhnlicher Schlachttiere geht mehr und mehr zurück. So wird aus Chemnitz berichtet, daß im städtischen Schlachthof im No- vember 10514 Tiere geschlachtet wurden, und zwar 1210 Rinder, 2411 Kälber, 1879 Schafe, 21 Ziegen, 4765 Schweine, 123 Pferde und 105 Hunde; das sind 2264 Stück weniger, und zwar 422 Rinder, 227 Kälber, 208 Schafe und 1477 Schweine, dagegen 20 Pferde und 50 Hunde mehr als im November 1904. Das ist die Fleischnot in Permanenz, und im Besolge hat sie die Fleischteuerung. Auch die ge- ringste Fleischsorte ist im Preise gestiegen, selbst Pferde- und Hundfleisch steht gegenwärtig um 10 bis 20 Prozent im Preise höher als noch vor Jahresfrist. An Teuerungsa- lungen für die Arbeiter aber denken die Unternehmer nicht, deren Vertreter im Reichstag dafür gesorgt haben, daß die Teuerung zum Schaden des werktätigen Volkes noch größer wird, als sie sich bisher gezeigt.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den folgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Januar 1906 den angegebenen wöchentlichen Lokalbeitrag zu erheben: Bochum 15 Pf., Fürstenwalde 15 Pf., Merseburg 10 Pf., Kaltberge 5 Pf., Löbau 5 Pf., Marbach 5 Pf., Sprendlingen 5 Pf.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für Dezember über die Zahl der Arbeitslosen usw. spätestens am 4. Januar zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholt bemerken, daß auch diejenigen Zahlstellen eine Berichtskarte einreichen müssen, welche keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen hatten. In solchem Falle ist nur die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf der Karte anzugeben.

Die bereits in Nr. 48 angekündigte Konferenz der Modelltischler berufen wir hiermit auf 23. und 24. März 1906 nach Halle a. S. ein. Die Mitglieder der Branche mögen nunmehr zu der Konferenz Stellung nehmen und Anträge zur Tagesordnung baldigst an den Vorstand einreichen. Nach den eingehenden Anträgen wird die Tagesordnung von uns festgesetzt und rechtzeitig veröffentlicht werden. Wegen der Entsendung eines Delegierten haben die Sektionen der Modelltischler sich mit ihrer Lokalverwaltung zu verständigen. Die Delegationskosten sind aus lokalen Mitteln zu decken, doch ist der Vorstand bereit, je nach Erfordernis einen Zuschuß aus der Verbandskasse zu gewähren. Diesbezügliche Anträge sind durch die Zahlstellenverwaltung des Ortes spätestens bis 15. Februar an uns einzureichen.

Vom 19. bis 21. März 1906 findet in Berlin der XII. allgemeine Schuttkongress für alle in der Schiffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter statt. An der Erörterung des folgenden Punktes der aufgestellten Tagesordnung: „Die Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den deutschen Werften, und die Mittel zu ihrer Verhütung“ sind auch die auf den Werften beschäftigten Holzarbeiter hervorragend interessiert, so daß eine Beteiligung unseres Verbandes an dem Kongress geboten ist. Wir fordern deshalb unsere Mitglieder in den großen Werkstätten auf, zu dem Kongress Stellung zu nehmen und Anträge auf Gewährung eines Delegierten bis 1. Februar an den Vorstand einzureichen. Die Gesamtzahl der Delegierten, für welche die Kosten aus der Verbandskasse getragen werden, kann jedoch nur eine beschränkte sein, so daß der Vorstand sich die endgültige Beschlussfassung hierüber vorbehält.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
 42462 Richard Schlie, Tischler, geb. 14. 10. 62 zu Böckitz.
 170999 W. Schneider, Schreiner, geb. 30. 3. 83 zu Oberramstadt.
 174702 Wilhelm Hissel, Tischler, geb. 24. 4. 77 zu Witten.
 178071 Oskar Schlicht, Tischler, geb. 15. 8. 68 zu Danzig.
 189596 Arn. Mufewald, Korbm., geb. 25. 3. 84 zu Fürstenwalde.
 288908 Otto Wegler, Polierer, geb. 10. 6. 74 zu Seifersdorf.
 246900 Paul Krocke, Kammerer, geb. 27. 8. 87 zu Berlin.
 288222 Friedrich Böttner, Tischler, geb. 1. 2. 83 zu Gllrich.
 29. 376 Andreas Stelen, Tischler, geb. 1. 8. 52 zu Bonn.
 Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstand.

Bekanntmachung der Gauvorstände.

Vorort Dresden. An alle Zahlstellen des fünften Gaues sind die Jahresfragebogen und ein Zirkular, den Gautag betreffend, zur Verbenbung gelangt; sollte das letztere in einer Zahlstelle nicht eingetroffen oder weiterer Bedarf von Fragebogen vorhanden sein, so bitten wir um baldige Mitteilung.
 Der Gauvorstand. J. A.: D. Gerlitze.

Korrespondenzen.

Altensteig. Eine sonderbare Auffassung vom Koalitionsrecht seiner Arbeiter hat ein hiesiger Schreinermeister. Derselbe befreit, seine Arbeiter gezwungen zu haben, den Verband zu meiden, er habe ihnen nur gesagt, wenn sie den Winter über bei ihm arbeiten wollen, dann müßten sie aus dem Verband austreten. Es war somit jedem freigestellt, was er tun wolle, und schließlich sind alle freiwillig ausgetreten. Leider gibt es viele Unternehmer, die verneinen, sie dürfen ihre Arbeiter im Winter schlechter behandeln als im Frühjahr und Sommer. Solche Meister werden es uns hoffentlich nicht verübeln, wenn wir zu geeigneter Zeit den Bezug von ihren Wertstätten fernhalten.

Berlin. Am 30. November fand die monatliche Branchenversammlung der Modell- und Fabrikattischler Berlins in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstraße 6, statt. Dieselbe beschäftigte sich nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Hirsch über das Thema „Was ist Klassenkampf“ mit der von der Branchenleitung beim Hauptvorstand beantragten Konferenz für die Modell- und Fabrikattischler Deutschlands. Die Versammlung protestierte gegen die ablehnende Haltung des Hauptvorstandes und nahm zum Schlusse eine dementsprechende Resolution einstimmig an. Zutwischen hat der Hauptvorstand, veranlaßt durch die Proteste (?) verschiedener Sektionen, die nebenbei bemerkt an einer Stelle eine Form angenommen haben, die auch wir nicht zu billigen vermögen, und durch die rege Diskussion über die Notwendigkeit einer Konferenz, die sich unter unseren Kollegen entfaltete, seine Stellung geändert und eine Konferenz für Frühjahr 1906 nach Halle a. S. einberufen. Wir fordern hiermit die Sektionen aller Orte auf, unverzüglich in die Vorbereitung derselben einzutreten, emsig Material zu

sammeln, die Bildung einer Zentralkommission, die Art und Weise einer systematischen Agitation unter den Kollegen unseres Berufes im ganzen Reich zu besprechen sowie die Taktik bei Bohnkämpfen zu erörtern und mit bestimmten Anträgen an die Konferenz, die die Grundlage für all diese Fragen bilden soll, heranzutreten. Tut jede Sektion nach dieser Richtung hin ihre Pflicht, so wird auch etwas Ersprießliches dabei herauskommen, und wir werden es nicht ein zweitesmal nötig haben, vor einem übermütigen, prozenthaften Unternehmertum die Waffen zu strecken, sondern es ihnen klarzumachen in der Lage sein, daß wir über die Bedingungen, unter denen wir unsere Arbeitskraft verkaufen, ein Wortlein mitzureden haben. Die Behauptung der Bremer Kollegen, daß in Berlin Streifarheit gemacht worden sei, trifft mit Ausnahme eines Falles, der sich bei der Firma Zahn & Zinte ereignete, nicht zu. Dieser Betrieb ist uns nach dem Streik insofern völlig verloren gegangen, als die dort beschäftigten Kollegen ein willfähiges Werkzeug für den Unternehmer bildeten, wie man es sich schöner gar nicht denken kann. Überstunden, die hier nirgends und unter keinen Umständen gemacht werden, waren dort an der Tagesordnung; all unsere Bemühungen, geordnete Zustände wieder herbeizuführen, waren vergeblich, so daß wir dazu kommen mußten, für vier der dort Beschäftigten, die im Holzarbeiterverband organisiert waren, den Antrag auf Ausschluß beim Hauptvorstand zu stellen. Veranlaßt wurden diese Mißstände durch das Verhalten der Hirsche, die hier genau so handelt wie überall. Systematisch durchbrechen sie unsere Beschlüsse sowohl in bezug auf die Arbeitsvermittlung wie im Überstundenleiten; die Vertreter der Organisation erklären, keine Mittel zu besitzen, um solche Kollegen aus ihren Reihen zu entfernen, und es geht naturgemäß auch gar nicht, denn die 180 Hirsche in Berlin sind mit ganz wenigen Ausnahmen alle solche Raubbeine, so haben sie auch mit offenen Armen die vier von uns ausgeschlossenen in ihre Reihen aufgenommen. Wir machen nun noch darauf aufmerksam, daß in Berlin das Umschauen streng verboten ist. Unser Arbeitsnachweis befindet sich Gormannstraße 13. Verschiedene Kollegen, die zugereist sind und durch Umschauen angefangen hatten, führten als Entschuldigung an, nicht zu wissen, daß hier so streng darauf gehalten wird, deshalb weisen wir ausdrücklich darauf hin.

Bretten. In der Korffabrik des Herrn Herm wurde ein Kollege gemahregelt, weil er angeblich verschiedene Kollegen unter „Androhung von Sühnen gezwungen haben soll, dem Verband beizutreten“. An dieser Behauptung ist natürlich kein wahres Wort, trotzdem besteht der Fabrikant auf seinem Schein. Er erklärt, schon Sozialdemokraten, sogar Anarchisten beschäftigt zu haben, aber „derartige Untriebe“ dulde er nicht. Leider haben die Kollegen verlag, so daß es nicht möglich war, dem Fabrikanten zu zeigen, daß auch er das Koalitionsrecht der Arbeiter achten muß.

Söln. Eine am 3. Dezember stattgefundene Versammlung der Modellschreinersektion beschäftigte sich nach einem Vortrag des Kollegen Steffens mit der projektirten Modellschreinerkonferenz. Das Resultat der erfolgten Aussprache wurde in einer Resolution zusammengefaßt, welche einstimmig Annahme fand. In dieser Resolution erklärt die Sektion die Abhaltung einer Konferenz für notwendig. Durch einen streng durchgeführten Arbeitsnachweis müssen die sogenannten Privatmodellfabriken bekämpft werden, die sich als schädlich für den Beruf erweisen haben. Dagegen ist dahin zu streben, daß die Modelle auf den Werften selbst hergestellt werden und daß bei vorkommenden Differenzen die außerhalb der Werfte angefertigten Modelle von den Formen zurückgewiesen werden. Gewünscht wird ferner, daß der Vorstand das ihm von den Modellschreinersektionen zu liefernde Material über die Lage der Berufsgenossen statistisch verarbeite. Als geeigneter Zeitpunkt für die Konferenz wurde der Monat März nächsten Jahres bezeichnet.

Elberfeld-Barmen. In der letzten Sektionsversammlung der Instrumentenarbeiter waren auch Kollegen von Schöps und Hagen erschienen. Dieselben waren darüber, ein einmütiges Beschlusses über einen Delegierten zur Zeiger-Zahlenarbeiterkonferenz, zu senden und sich der hiesigen Sektion anzuschließen, um besser die gemeinsamen Interessen vertreten zu können. Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Krumbach und sehr reger Diskussion nahm die Versammlung folgende Anträge einstimmig an: 1. Die Konferenz wolle beschließen, daß eine Zentrale bestimmt werde, welche Erhebungen über die Löhndarstellung usw. bei den einzelnen Firmen vorzunehmen hat. 2. Die Zentrale ist verpflichtet, den einzelnen Sektionen das Ergebnis ihrer Erhebungen mitzuteilen und sie über Differenzen und deren Ursache sofort zu unterrichten. 3. Jede Sektion ist verpflichtet, der Zentrale in jedem Falle genaue Auskunft zu geben. Als Delegierter wurde Kollege Gz einstimmig gewählt.

Halberstadt. Wenn wir auf das verfloßene Jahr zurückblicken, so können wir mit Befriedigung sagen, daß es vorwärts gegangen ist. Wir haben nicht nur an Mitgliederzahl zugenommen, auch das Verständnis für unsere Ideen hat sich in unseren Kollegenkreisen so weit entwickelt, daß man nicht mehr nötig hat, zu sagen, wir haben hier noch mit zu viel Nadeln zu rechnen, um etwas Positives leisten zu können. Daß die Kollegen hier auch zu kämpfen verstehen, haben sie im verfloßenen Jahre genügend bewiesen. Selbst in denjenigen Betrieben, wo wir sonst das wenigste Vertrauen zu den dort beschäftigten Kollegen hatten, haben diese gezeigt, daß sie ebenfalls die Interessen des Verbandes zu wahren wissen. Waren es im Frühjahr die Kollegen bei Dulsfert, welche sich mit ihrem gemahregelten Kollegen solidarisch erklärten und bis auf drei die Arbeit niederlegten, so können wir jetzt berichten, daß bei der gegenwärtigen Aussperrung hier selbst sich unsere Kollegen von den Zimmerplätzen mit den Zimmerern solidarisch erklärten und die Arbeit mit niederlegten. Sie wollten nämlich keine Streikarbeit machen. Die Sache hat sich noch weiter zugespitzt, den die Kronsche Werkstatt, welche immer eines unserer Schmerzenskinder war, sollte nun diese Streikarbeit machen. Die dort beschäftigten Kollegen lehnten aber ebenfalls dieses Anfinnen ab; es kam zu Differenzen und legten alle bis auf einen die Arbeit nieder. Durch dieses Vorgehen unserer organisierten Kollegen ist den hiesigen Innungsmeistern ein Schrecken in die Glieder gefahren, und sie wissen nicht, welche Stellung sie hierzu einnehmen sollen. Sie werden sich nun wohl hüten, zu Weiterungen Anlaß zu geben, da

sie sehen, daß sie eine geschlossene Masse vor sich haben. — Des weiteren können wir berichten, daß unsere Tätigkeit sich nicht nur auf unseren Ort beschränkt; so haben wir es in dem Nachbarstädtchen Oschersleben mit Hilfe unseres Gauvorstehers so weit gebracht, daß wir dort 20 Mitglieder aufzuweisen haben. Wir hoffen, in nicht allzuferner Zeit dort eine Zahlstelle errichten zu können. Darum, Kollegen, herangeholt, was noch fehlt. — Angefichts der hier herrschenden Kämpfe ist der Bezug nach hier streng fernzuhalten.

Landesberg a. W. Zu der in Nr. 49 abgedruckten Berichtigung der Firma Ferdinand Wendt Söhne wird uns von dort geschrieben: Wir haben mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Firma jetzt zugibt, die im vorigen Jahre erfolgte Entlassung von sieben Verbandsmitgliedern sei eingetreten, weil die Betreffenden mit ihren Lohnsätzen unzufrieden waren. Damals war man weniger offen, indem man den Gewerkevereinigern gegenüber erklärte, die Entlassung sei der Krankenkassenversammlung wegen erfolgt. Trotz der „Berichtigung“ erlauben wir uns, davon zu zweifeln, daß eine Denunziation nicht stattgefunden habe. Woher wußte denn die Geschäftsleitung, daß gerade diese sieben unzufrieden waren, nicht aber auch die Gewerkevereiner? Wir können es jetzt ruhig mitteilen, daß noch drei Wochen vor dem Streik sämtliche Tischler, einschließlich der Gewerkevereiner, sehr unzufrieden waren. Allerdings ließen sich die letzteren nachher von ihrer Leitung beeinflussen und verzichteten darauf, Forderungen zu stellen. Wenn die gegenüber Voigt gefallene Äußerung von Herrn Michaelis besprochen wird, dann können wir freilich dagegen nicht aufkommen, denn er hat „glaubwürdige“ Zeugen. Auffällig ist es immerhin, daß in diesem Falle Zeugen zugezogen wurden; es sind doch schon viele Arbeiter entlassen worden, ohne daß Zeugen zugezogen gewesen wären. Wenn übrigens Herr Michaelis nicht gerade Gewerkevereiner als Zeugen aufgerufen hätte, dann hätte er erfahren können, daß Voigt im letzten halben Jahre gar keine Versammlungen besucht hat, so daß der angebliche Grund für die Entlassung hinfällig gewesen wäre. Unwahre Gerüchte über die Firma zu verbreiten, ist aber ganz unnützig; es genügt eine wahrheitsgemäße Schilderung der Verhältnisse, um den Betrieb ins rechte Licht zu rücken. Wir wollen nur erwähnen, daß bei den Maschinenarbeitern Löhne von 12 Mk. und 13,50 Mk. an der Tagesordnung sind, seit kurzer Zeit werden jüngere Arbeiter sogar mit 9 und 10 Mk. abgelohnt, das ist, nebenbei bemerkt, der ortsübliche Preis, der hier für Tischler und Logis geholt werden muß. Auch die Löhne der Tischler können als glänzend nicht bezeichnet werden, ist es doch nur den sogenannten Gewaltschruppen möglich, 20 bis 24 Mk. pro Woche zu verdienen. Wenn die Firma Wert darauf legt, zufriedene Arbeiter zu beschäftigen, dann soll sie aufhören, mit solchen Löhnen die Unzufriedenheit immer wieder zu schüren.

Ludenswalde. In der Sektionsversammlung der Drechsler am 2. Dezember erstattete Kollege Meyer-Berlin eingehend Bericht über die Drechslerkonferenz. Er führte aus, daß die Lage der Drechsler jetzt eine traurige sei, und kam dann auf die Entwicklung unserer Organisation zu sprechen. Die Arbeitszeit betrug im Drechslergewerbe in den achtziger Jahren 66 bis 67 Stunden pro Woche. Erst in den neunziger Jahren änderte sich dieselbe. Im Jahre 1900, führte Nedner weiter aus, beschäftigte die Zahlstelle Berlin 600 bis 700 Kollegen. Diese machten den ersten Vorstoß zu einer Lohnbewegung. Auch der Streik, welchen die Kollegen in Bernau in diesem Jahre führten, war für dieselben von Nutzen, da die Arbeitszeit von 59 auf 56 Stunden verkürzt und die Abschaffung des Dampf- und Lichtgeldes erreicht wurde. Nedner empfiehlt zum Schlusse die Ausarbeitung von Tarifen in jeder Werkstatt, auch in solchen, wo 200 bis 300 verschiedene Artikel fabriziert werden. Er ermuntert die Kollegen, bei dieser Arbeit nicht zu erlahmen, dann erst können wir etwas erreichen. Notwendig ist es, daß die Kollegen die Versammlungen regelmäßig besuchen, die fernstehenden Kollegen zur Organisation heranziehen, dann werden wir auch vorwärts kommen. Der Referent gab auch noch einen kurzen Bericht über die Gründung der Freien Vereinigung der Drechslermeister, welche vor kurzem in Berlin konstituiert ging. Nach einer kurzen Diskussion wurde aus jeder Werkstatt, welche Galanterie und Massenartikel fabriziert, eine Kommission von drei Kollegen gewählt, welche die Ausarbeitung von Tarifen in die Hand nehmen soll. — Der Versammlungsbesuch läßt auch bei uns sehr zu wünschen übrig. Von 350 organisierten Kollegen erschienen in den Versammlungen noch nicht einmal die Hälfte. Nach jedem Streik scheinen die meisten Kollegen für den Verband kein Interesse mehr zu haben, sondern Sport- und Vergnügungsvereinen den Vorzug zu geben. Es steht in den Versammlungen tatsächlich jetzt aus, als ob die soziale Frage für die Holzarbeiter Ludenswaldes schon gelöst sei. Nein, Kollegen, die ist für euch noch lange nicht gelöst, rafft euch wieder auf, erscheint regelmäßig zu den General- sowie Sektionsversammlungen, denn wer die Versammlungen schwänzt, ist nur ein halbes Mitglied.

Bobershausen im Erzgebirge. Das erste, aber ein deutliches Lebenszeichen ist es, das wir unseren deutschen Berufskollegen aus unserem einsamen Winkel übermitteln. Die Arbeitsbedingungen sind hier die denkbar ungünstigsten, zwölfstündige tägliche Arbeitszeit und Stundenlöhne von 9 bis 18 Pf. Auch die Lohndarbeiter kommen über 2,20 Mark den Tag kaum hinaus. Die Ursachen dieser traurigen Verhältnisse liegen darin, daß eine Organisation bisher nicht bestand; erst seit kurzem ist dieselbe entstanden und sind bereits gegen 120 Mitglieder vorhanden, doch haben wir mit Schwierigkeiten zu rechnen wie kaum in einem anderen Orte. Am 18. November hielt in einer Versammlung unser Gauvorsteher einen Vortrag. Trotzdem das Thema kein politisches war, mußten auf Veranlassung des Vertreters der Amtshauptmannschaft die Minderjährigen hinaus. Am nun die Versammlung nicht ganz unmöglich zu machen, kam man dem nach. Am 2. Dezember wurden zwei Kollegen von der Firma Böttcher gemahregelt, und um sich damit zu beschäftigen, war eine Fabrikversammlung angesetzt. Kaum war dieselbe jedoch eröffnet, als der anwesende Gemeindevorstand dieselbe auflöste, trotzdem der anwesende Gauvorsteher, Kollege Gerlitze, darauf hinwies, daß selbst in Sachen Werkstattversammlungen nicht anmeldspflichtig sind. Es half alles nichts. Drei Gendarmen, der Ortspolizist und der Gemeindevorstand veranlaßten die sofortige Räumung und Schließung

des Lokals. Am folgenden Tage fand eine Unterhandlung durch den Gauvorstand mit dem Unternehmer statt, dessen Ergebnis nur die Erklärung des Unternehmers brachte, weitere Maßregelungen nicht mehr vorzunehmen. Daß sich die Leute nun organisiert haben, hatte Herrn Böttcher so in Erregung gebracht, daß er glaubte, „leibhaftige Teufel hätten die Bogen der Revolution von Rußland und Dresden nach dem Erzgebirge übertragen“. Und doch liegt die Organisation nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse des gesamten Gewerbes. Am Abend war nun zur Berichterstattung wieder eine Fabrikversammlung angesetzt. Vorsichtigerweise war die Einladung erst nach 6 Uhr erfolgt und die Versammlung gleich nach 7 Uhr angesetzt. Diese Vorsicht erwies sich als vorteilhaft, denn kaum hatte die Versammlung eine Stunde gewährt, als das Gemeindeoberhaupt in Begleitung eines Gendarmen herangepustet kam, dem Redner das Wort entzog und die Versammlung auflöste. Zur allgemeinen Erheiterung erklärte Kollege Gerligke, daß dieses nicht notwendig sei, er sei gerade beim Schlußwort, und da doppelt besser hält, erkläre er die Versammlung für geschlossen. Gegen alle diese Maßnahmen ist Beschwerde eingelegt; hoffentlich lernt man auch in Pöberzhau die Arbeiter als gleichberechtigte Menschen bewerten. Auf die in Sachsen geübte Nadelstichpolitik weist auch noch hin, daß der Wirt des Lokals ein Strafmandat erhalten hat, weil er keine Laterne am Haustor brennen hatte, trotzdem Mondschein im Kalender stand und die anderen Lokale auch keine Laternen brennen hatten. Also mehr Licht wird noch gewünscht; wir werden uns das nicht zweimal sagen lassen und fleißig agitieren.

Schwerte a. d. Ruhr. Hier fand eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Meyer-Meiderich über „Kämpfe und Erfolge des Deutschen Holzarbeiterverbandes“ referierte. Allerdings hatte ein ziemlicher Teil der Verbandskollegen es vergessen, zu erscheinen. Daraus könnte geschlossen werden, daß die Verhältnisse rosig seien. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Günstige Arbeitszeit, Kost und Logis beim Meister, Bühne, die sehr viel zu wünschen übrig lassen, Überstunden usw., das ist die Situation, wie sie hier vorherrscht. Wenn in anderen kleinen Zahlstellen es mit Freuden begrüßt wird, wenn von einem auswärtigen Kollegen ein Vortrag gehalten wird, so ist das hier eben nicht der Fall. Wollte man die Gründe anführen, weshalb die Versammlungen angeblich nicht besucht werden können, so würde ein sonderbares Bild zustande kommen. Wo derartig schlechte Verhältnisse vorhanden sind, da ist es doch vor allen Dingen Pflicht der Verbandskollegen, in die Versammlungen zu gehen, um zu zeigen, daß es ihnen ernst ist mit dem Streben nach Verbesserung der Verhältnisse. Die anwesenden Kollegen gelobten, mit Beginn des neuen Jahres mit aller Kraft dahin zu wirken, daß der größte Feind der Arbeiter, die Gleichgültigkeit, vollständig ausgerottet wird. Wenn der ernsthafte Wille hierzu vorhanden ist, so wird das Streben bald von Erfolg gekrönt sein.

Senftenberg (Lausitz). In einer am 10. Dezember abgehaltenen, gut besuchten Mitgliederversammlung wurden die hier bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Besprechung unterzogen. Allgemein war man der Meinung, daß die Löhne in keinem Verhältnis zu den stetig steigenden Lebensmittelpreisen und Wohnungsmieten stehen. Lebhafte Klage wurde darüber geführt, daß Lehrlinge zwölf bis dreizehn Stunden und noch länger täglich beschäftigt werden. Schließlich wurde eine Kommission bestimmt, welche einen Tarif auszuarbeiten hat, der zu geeigneter Zeit den Meistern unterbreitet werden soll. — Gerügt wurde es, daß von einigen Kollegen der von der hiesigen Arbeiterschaft gefaßte Boykottbeschuß nicht genügend beachtet wird, es soll deshalb gegen die Boykottbrecher mit Ausschlußparagrafen vorgegangen werden. — Die reisenden Kollegen werden gebeten, Senftenberg zu meiden und insbesondere das Umsehauen zu unterlassen.

Differenzen und Lohnvorgang in der Holzindustrie.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Tischlern nach Altensteig (H. Maier sen.), Anklam (W. Oldenburg), Fischbach im Taunus (Schmidt), Fürstenwalde a. Spree, Gesehacht, Halberstadt, Liegnitz (Kieh), Mühlhausen in Thüringen, Dels, Priebus (Schulze), Rostock (Meptumwerft), Saalfeld, Obermühle);
 - Tischlern und Maschinenarbeitern nach Cöln; Schweiz (Genf, Luzern, Sitten);
 - Stuhlbauern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Berlinchen;
 - Drechslern nach Bernau (Mücker, Schönwerk, Jnh. Kleege), Coswig (A. S. Moller Nachf., Jnh. W. Pomnitz), Bautzenberg (Hilgeleit);
 - Gummidrechslern nach Cassel (Steinmek & Kretsch), Leipzig;
 - Stuhlbrechslern nach Hamburg, Brüssel;
 - Musikinstrumentenarbeitern nach Bamberg (S. C. Neupert), Liegnitz (A. Freitag), Mannheim (Scharf & Hauck), Stuttgart (P. Pape);
 - Korbmachern nach Cassel (Hoffmann), Liegnitz (Konehny), Magdeburg, Stettin;
 - Stellmachern nach Eisenach.

In Cassel haben unsere Kollegen wieder einmal Differenzen mit dem Korbmachermeister Hoffmann. Das ist nicht Neues. Herr Hoffmann hat nämlich die sonderbare Gewohnheit, in gewissen längeren oder kürzeren Zeitstrichen, je nachdem er bei Laune ist, in seiner Werkstatt einen Skandal zu provozieren. Wenn Hoffmann dann gerade so einen Raptus hat, so kommt es ihm auf mehr oder weniger schwere Schmeicheleiworte wie „Gaulenz“, „roter Hund“ und dergleichen nicht an. Nichtsdestoweniger fürchtet er aber unseren Verband, und wenn dann ein Mitglied der Ortsverwaltung erscheint, so ist Herr Hoffmann ein ganz nachgiebiger Mann. So hatte Hoffmann im vorigen Jahre bereits die zehnstündige Arbeitszeit sowie Abschaffung von Kost und Logis im Hause bewilligt. Nachdem aber wieder einige Kollegen abgereist waren und zwei Jünglingsvereine dort angefangen hatten, bröckelte Hoffmann wieder ab. Er nahm diese beiden in Kost und Logis und mußte sie auch zu überreden, mittags

oder abends eine viertel oder halbe Stunde länger zu arbeiten. So war denn Mitte November dieses Jahres die Arbeitszeit wieder so unregelmäßig, daß zwei Arbeiter täglich 10 1/4, zwei 10 1/2 und sechs sogar 10 3/4 Stunden arbeiten mußten. Um diesen unleidigen Zuständen ein Ende zu machen, hielten wir eine Werkstattversammlung ab und forderten die zehnstündige Arbeitszeit, und prompt „bewilligte“ Herr Hoffmann wieder, um aber nach kaum drei Wochen dieselben Manöver zu machen. Einer von den indifferenten Kollegen hatte sich in den Verband aufnehmen lassen, war aber von Hoffmann wieder überredet worden, auszutreten; er gab dann an, das Buch verloren zu haben. Unser Werkstattvertrauensmann, welcher gegen diese Schachzüge des Herrn Hoffmann vorging, hatte nun das ganz besondere Mißfallen deselben erregt, und um ihn aus der Werkstatt zu graulen, sollte er, wo er schon seit einem Jahre auf Hohlkörbe in Lohn arbeitete, nun plötzlich Mattarbeit im Akkord machen. Das Material zu diesen Arbeiten ist aber äußerst minderwertig, denn es werden anstatt Weiden Haselnußsträucher verwendet, und hatte er einen Lohnausfall von 2 bis 5 Mk. pro Woche. Am Montag den 11. Dezember kam nun Hoffmann morgens ganz wildend in die Werkstätte und ließ Schimpfworte und Invalidentarten nur so in der Luft herumfliegen. Hierauf legten sieben Kollegen die Arbeit nieder. Hoffentlich wird Herr Hoffmann auch diesmal (wie immer) bald nachgeben, er mag sich aber gesagt sein lassen, daß er mit organisierten Arbeitern nicht umspringen darf wie er will. Alle Korbmacher aber ersuchen wir, Cassel zu meiden.

In Priebus dauert die Sperre über die Möbelfabrik O. F. Schulze (Jnh. Unruh) fort. Daß die Sperre wirkt und daß Herr Unruh von seinem anfangs aufgestellten Grundsatz, nur Nichtverhandler einzustellen, schon abgekommen ist, beweisen die von verschiedenen Zahlstellen uns zugegangenen Zuschriften, nach denen sich Herr Unruh allenthalben um Arbeitskräfte, auch organisierte bemüht. Zuzug ist streng fernzuhalten.

In Stolp hat der Zimmermeister A. Schlawin drei Werkstattvertrauensleute gemapregelt. Unserem Bevollmächtigten gegenüber äußerte er sich dahin, daß er die Absicht habe, den vereinbarten Tarif zu ändern, und daß er dann Arbeiter suchen wolle, die zufriedener sind als die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes. Bevorzugen würde er neben Unorganisierten die Mitglieder des Gewerkevereins. Über den Betrieb ist die Sperre verhängt, und bitten wir, den Zuzug von Bautischlern nach Stolp fernzuhalten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Ein Muster-Arbeitsvertrag.

Das Streben der Unternehmer, sich billige Arbeitskräfte zu besorgen, zeitigt oft merkwürdige Blüten. Als eine Prachtleistung auf diesem Gebiet kann man den Vertrag bezeichnen, welchen die Firma Freitag & Luz in Langewiesen in Thüringen einem Kollegen vorlegte, der sich auf ein Inserat meldete, in welchem ein Tischler gesucht wird, welcher in der Fabrik wohnen soll.

In diesem Vertrag sollte der Kollege sich bereit erklären, als Tischler „in den Dienst“ der genannten Firma zu treten. Als solcher hätte er eine zwölfstündige Arbeitszeit (im Sommer von 6 bis 6, im Winter von 7 bis 7 Uhr) einzuhalten und bei Bedarf ohne besondere Vergütung Überstunden zu leisten. Nach Abschluß dieses Tagewerks hat aber der als Tischler „in den Dienst“ der Firma getretene Arbeiter nicht etwa Feierabend, er muß vielmehr noch die Lampen und Ofen in den Sälen daraufhin kontrollieren, daß sie gelblicht sind. Außerdem hat er für Ordnung und Reinlichkeit in den Vorläufen, auf den Treppen und in der Hausflur zu sorgen und darauf zu sehen, daß die Haus-, Hof- und Gartenläden sich stets in ordnungsmäßigem Zustand befinden und insbesondere nachts geschlossen sind. Was bedeutet also, daß der Mann, der zwölf und mehr Stunden bei Tag als Tischler gearbeitet hat, bei Nacht die Arbeitslokale nebst Zubehör reinigt und dann Wächtersdienste ausübt. Das ganze Fabrikareal ist seiner Aufsicht unterstellt, und zwar ist ihm ausdrücklich aufgegeben, kleinere Reparaturen selbst und zwar außerhalb der festgesetzten Arbeitszeit auszuführen.

Damit die Frau des Tischlers während der unendlichen Arbeitszeit ihres Mannes keine Langeweile hat, sind auch ihr Funktionen aufgetragen. Sie hat das Kontor und die Privatzimmer des Herrn E. Freitag täglich auszuföhren und zweimal wöchentlich auszuwaschen, daneben auch die Privaträume sonst instandzuhalten. Morgens und abends wünscht der Herr E. Freitag auch Kaffee, den die Frau zu besorgen hat; den Kaffee will Herr F. in seiner Splendibilität selbst stellen.

Diese Arbeitsleistung will die Firma großmütig mit 18 (in Worten: achtzehn) Mark wöchentlich entlohnen. Auch eine Wohnung, über deren Beschaffenheit allerdings im Vertrag nichts gesagt ist, wird dem Tischler zur Verfügung gestellt nebst Feuerung und Licht, aber beileibe nicht unentgeltlich. Als jährliche Miete ist 150 Mk. festgesetzt. Für die Mitbenützung des Gartens wird auf eine besondere Zahlung verzichtet, unentgeltlich ist sie aber trotzdem nicht. Hierfür sind, als Gegenleistung einige Beete für den Firmeneinhaber instandzusetzen, dem auch der Ertrag der Obstbäume reserviert ist.

Der Kollege, welchem dieser Vertrag zur Unterschrift vorgelegt wurde, hat das Vernünftigste getan, was er damit tun konnte, indem er ihn unter Verzicht auf die „glänzende“ Stellung uns zur Verfügung stellte. Der Inhalt dürfte insbesondere von den Kollegen mit Befriedigung zur Kenntnis genommen werden, die etwa ebenfalls die Absicht hatten, bei der Firma Freitag & Luz in Langewiesen als Tischler „in den Dienst“ zu treten.

Der Christliche Holzarbeiterverband hat, wie aus seiner Abrechnung hervorgeht, im dritten Quartal 1912 227 Mitglieder aufgenommen, der weitaus größte Teil der Aufgenommenen dürfte aber wieder abgeprungen sein, denn die Gesamtzunahme beträgt nur etwa 390. Diese letztere Zahl ist allerdings in der Abrechnung nicht genannt, doch geht aus derselben hervor, daß die Einnahme an regelmäßigen Mitgliederbeiträgen von 26558,46 Mk. im zweiten Quartal auf 27819,15 Mk. gestiegen ist. Diese Beitragssumme entspricht einem Mitgliederstand von etwa 8500. Eine größere Mitgliederzunahme haben nach dem der Abrechnung beigegebenen Kommentar zu verzeichnen: Cöln (Holzarbeiter) 142, Essen (Holzarbeiter) 80, Hamburg 25, Kattowitz 20, Papenburg 56.

Die Abrechnung schließt ab mit einer Einnahme von 45529,40 Mk. und einer Ausgabe von 52567,41 Mk., mithin Mehrausgabe 7038,01 Mk. Der Vermögensbestand betrug am Quartalschluß 55365,68 Mk. Auffällig hoch ist die Ausgabe für Streikunterstützung, nämlich 31404,29 Mk. Leider läßt sich aus der Abrechnung nicht feststellen, ob die Kosten, welche das Heranziehen von Streikbrechern nach Cöln verursacht hat, mit in dieser Summe enthalten sind und inwieweit dieselben das Anwachsen des Postens beeinflusst haben.

Scharfmachergehilfen verurteilen die Tischlereibesitzer Oberschlesens durch einen Urteilsbrief, den sie gelegentlich des Streiks in Königs hütte gegen unsere Kollegen in Umlauf setzten. Derselbe lautet wörtlich wie folgt:

Kattowitz, im November 05.
Geehrter Herr Kollege!

Auf Ersuchen der Lohnkommission (von Seiten der Arbeitgeber) für die Tischlereibesitzer in Königs hütte mache ich Ihnen die Namen der streikenden Tischlergesellen bekannt und bitte Sie, dieselben während der Dauer des Streiks in Arbeit nicht annehmen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Johann Rutschka,

Vorsitzender des Verbandes Oberschlesischer Tischlereien.
Sodann folgt ein Verzeichnis der 73 streikenden Kollegen in Königs hütte.

Die Bemerkung in Klammern ist gut, zeigt sie doch davon, daß der Vorsitzende einen ziemlichen Grad von Dummheit bei seinen Mitgliedern voraussetzt, wenn er ihnen damit erst verständlich machen muß, daß solche Urteilsbriefe nur von Arbeitgebern verbrochen werden und nicht von den Gesellen.

Bekanntlich haben alle diese Arbeitgebervereinigungen den Passus in ihr Statut aufgenommen: „unberechtigten Forderungen der Arbeiterschaft entgegenzutreten“. Für die Auffassung „unberechtigter Forderung“ in Arbeitgeberkreisen ist dieses Dokument wiederum ein klassischer Beweis, denn unsere Kollegen in Königs hütte forderten weiter nichts als die Einführung des in Beuthen und Kattowitz selbst von den Arbeitgebern anerkannten Einheitstarifs. Diesem Tarif glaubten die Arbeitgeber in Königs hütte ihre Anerkennung versagen zu müssen, weshalb dann die Kollegen die Arbeit einstellten. Und so etwas nennen die Herren Arbeitgeber „unberechtigte“ Forderung und gehen gegen die Arbeiter, die einheitliche Arbeitslöhne anstreben, mit schwarzen Listen vor, um in ihren eigenen Reihen der Schmutzkonzurrenz den Boden zu ebnen. Sicherlich auch eine Maßnahme zur Hebung des Handwerks.

Die Aktiengesellschaft für Holzbearbeitung in Memel zahlt ihren notleidenden Aktionären die Kleinigkeit von zwölf Prozent Dividende. Interessant wäre es, zu erfahren, wie die Arbeiter entlohnt werden, welche die Tätigkeit des Couponabschneidens so gewinnbringend gestalten.

Gewerkschaftliches.

Ein eigenartiger Streik.

Das abgelaufene Jahr hat uns auf dem Gebiet der Arbeitseinstellung manche neue Erscheinung gebracht. In Deutschland ist man allerdings in der Hauptsache bei den herkömmlichen Kampfsmitteln geblieben, wenn auch die Häufung der meist aus nichtigen Gründen von dem Unternehmertum inszenierten Massenausperrungen die Gewerkschaften nötigt, ihre Taktik der neuen Situation anzupassen. Im Ausland wurden dagegen vollständig neuartige Kampfsmethoden auf dem wirtschaftlichen Kriegsschauplatz erprobt. Den Anfang machten die italienischen Eisenbahner mit der Obstruktion. Sie verweigerten nicht den Dienst, sondern beobachteten im Gegenteil mit peinlicher Gewissenhaftigkeit die geltenden Instruktionen, mit dem Erfolg, daß dadurch der ganze Verkehr ins Stocken geriet.

Das italienische Beispiel wurde im Spätjahr von den österreichischen Eisenbahnern mit durchschlagendem Erfolg nachgeahmt; man bezeichnete hier die Taktik mit dem schönen Namen „passive Resistenz“. Bei dieser passiven Resistenz spielten aber neben den rein ökonomischen auch die politischen Forderungen der Arbeiterklasse eine gewisse Rolle. In weit höherem Maße ist dies bei den gewaltigen Kämpfen der Fall, die seit einer Reihe von Monaten von den russischen Arbeitern geführt werden. Für diese ist das vornehmste Ziel die Beseitigung des Absolutismus. Tatsächlich sind dessen Grundlagen schon dermaßen erschüttert, daß er das beginnende Jahr wohl kaum überleben wird.

Die Vorgänge bei der gegenwärtigen russischen Revolution zeigen, daß zur Erreichung politischer Ziele die bisher nur im wirtschaftlichen Kampfe angewandten Mittel eine vorzügliche Waffe sind. Das haben auch die Regierungen erkannt, und die Androhung des politischen Massenstreiks, mit welchem zum Beispiel die österreichischen Arbeiter die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes begleiten, hat die beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt.

Neben den Vorgängen in Rußland waren es besonders die Ereignisse in Ungarn, welche die österreichischen Arbeiter anspornten, die Forderung nach politischer Gleichberechtigung mit solchem Nachdruck zu erheben. Das Königreich Ungarn ist bekanntlich durch Personalunion mit Österreich verbunden, auch verschiedene Verwaltungsgebiete sind

bei Vändern gemeinsam. Dem sehr stark ausgeprägten Nationalitätsgefühl der Ungarn ist dieser Zustand unangenehm. Sie erstreben daher eine vollständige Trennung von Österreich. In diese will jedoch der österreichische Kaiser nicht willigen, er glaubt nämlich, daß damit seiner Krone ein Teil ihres Glanzes genommen würde. Um das widerpenfliche Parlament, in welchem, nebenbei bemerkt, die Masse der Bevölkerung keine Vertretung hat, zu Paaren zu treiben, liebäugelt man nun in den maßgebenden Kreisen mit dem sonst so verhassten allgemeinen Wahlrecht.

Im ungarischen Volke wurde der Gedanke des allgemeinen Wahlrechtes mit Begeisterung aufgegriffen. Selbstverständlich werden die Arbeiter das Wahlrecht, das zu erringen sie bestrebt sind, nicht dazu benützen, um dem König eine Freude zu bereiten, sondern um ihre Interessen im Parlament wahrzunehmen. Das wissen die herrschenden Parteien und deshalb wehren sie sich um so entschiedener gegen seine Einführung. In ihrem Kampfe gegen das Recht scheuen sie nicht davor zurück, die sozialdemokratische Partei, die wie überall so auch in Ungarn die Bannerträgerin für die Erziehung von Volksrechten ist, aufs unflätigste zu beschimpfen. In den Blättern der Mehrheitsparteien, der „Koalition“, wurde die Arbeiterchaft auf das niederträchtigste verleumdete. Das wurde schließlich den Schriftsehern, welche diese Blätter herstellten, zu bunt und sie stellten die Arbeit ein.

Dieser aus so eigenartigen Motiven inszenierte Streik hatte einen durchschlagenden Erfolg; 16 Tageszeitungen in Budapest mußten ihr Erscheinen einstellen. Die Arbeit wurde erst dann wieder aufgenommen, als die bündige Zusicherung gegeben war, daß sich die Redakteure in ihrem Kampfe künftig loyaler Mittel bedienen würden.

Dieser Kampf zeigt, welche Macht eine Buchdruckerorganisation besitzt, wenn sie sich mit der Gesamtarbeiterchaft solidarisch fühlt. In Deutschland haben die Buchdrucker eine vorzügliche gewerkschaftliche Organisation; ein erheblicher Teil ihrer Mitglieder steht jedoch nicht auf dem Boden des Klassenkampfes. Der Buchdruckerverband hat für seine Verfassungsberechtigten ganz beträchtliche Vorteile erzielt; Vorgänge wie die in Budapest sind jedoch für absehbare Zeit in Deutschland nicht zu erwarten.

Ein allgemeiner Schiffsongress für alle in der Schifffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter findet vom 19. bis zum 20. März 1906 in Berlin statt. Die provisorische Tagesordnung dieses Kongresses weist unter anderem folgende Referate auf: 1. „Die soziale und rechtliche Stellung der seemannischen Arbeiter unter dem Stande der heutigen Gesetzgebung“ (Referent Paul Müller-Hamburg); 2. „Die soziale Fürsorge für die Hafenarbeiter, Binnenarbeiter, Fischer, Flussmaschinenisten und Geizer“ (Referent Joh. Döring-Hamburg und Karl Rirschmal-Berlin); 3. „Die Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den deutschen Werften und die Mittel zu ihrer Verhütung“ (Referent Rud. Wiffel-Sübeck). Weiter soll über die „Errichtung eines ständigen Schutzkomitees für die in der Schifffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter“ verhandelt werden. Unser Verband wird sich, wie aus der dieswöchigen Bekanntmachung des Vorstandes hervorgeht, in Rücksicht auf die vielen Tausende organisierter oder noch zu organisierender Werftarbeiter an diesem Kongress durch eine beschränkte Anzahl Delegierter vertreten lassen. Doch kann von einer Beteiligung unserer Organisation an einer ständigen Schutzkommission keine Rede sein. Nach unserer Meinung sind solche Sonderkommissionen der Gesamtorganisation nicht förderlich, und sollten alle die Bestrebungen, wie sie solchen Spezialkomitees zur Förderung und Erledigung übertragen werden sollen, ganz ausschließlich der Generalkommission zur Erledigung übertragen werden.

Der **Waldhauerverband** steigerte im dritten Quartal seine Mitgliederzahl von 4846 auf 4947, also um 101 Mitglieder.

Der **Lagerhalterverband** steigerte seine Mitgliederzahl in den ersten drei Viertel Jahren um 140 auf 1486 Mitglieder.

Der **Sattlerverband** zählte am Schlusse des dritten Quartals 1905 5888 Mitglieder, 1182 mehr als am Jahres-schluß 1904. Der Vermögensstand betrug 65 214,06 Mk.

Der **Schuhmacherverband** steigerte seine Mitgliederzahl von 23 555 am Schlusse des Jahres 1904 auf 26 815 am Schlusse des dritten Quartals 1905, was also einer Steigerung um 3260 in drei Viertel Jahren gleichkommt.

Der **Tapeziererverband** steigerte seine Mitgliederzahl in den ersten drei Viertel Jahren 1905 um 1119 auf 6739. Das Verbandsvermögen betrug zu gleicher Zeit 87 660,14 Mk.

Gewerkschaftliche Wahlen im Ruhrgebiet. In letzter Zeit fanden im Ruhrgebiet die Wahlen zu den Arbeiter-ausschüssen auf Grund der famosen Vergarbeitsnovelle statt. Der alte Vergarbeitsverband hatte bekanntlich Wahlenthaltung proklamiert, während die christliche Organisation sich an den Wahlen beteiligte. Da zeigte sich denn die Schwäche des christlichen Verbandes. Die Wahlenthaltung betrug nahezu 90 Prozent. Von 1800 Vergarbeitern auf der Zeche „von der Heydt“ 7 Mann, auf „König Ludwig“ von 2000 30 Mann, auf „Recklinghausen“ von 3000 30, auf „Julie“ von 1000 143. Auf einer ganzen Reihe von Zechen waren die Vergarbeiter überhaupt nicht zu den Wahlen erschienen. So auf der Zeche „Bergmann“ und auf Zeche „Freiberg“. Auf Zeche „Freier Vogel“ kam keine Wahl zustande, weil nur ein Mann wählte, dessen Stimme aber noch obendrein ungültig war. Nun werden für diese Zechen, wo keine Wahl zustande kam, neue Wahltermine anberaumt. Auf Zeche „Freiberg“ sollte schon zum zweitenmal gewählt werden. Auch diesmal war der Erfolg ein negativer; es erschien kein Mann an der Wahlurne! Dabei haben die Christlichen noch eine lebhaftige Agitation für Beteiligung an den Wahlen ins Werk gesetzt.

Mitte Dezember haben im Ruhrgebiet auch die Wahlen zu den Verggewerbergerichten stattgefunden, die das Stärkeverhältnis der in Frage kommenden Vergarbeitsorganisationen treffend widerspiegeln. Es wurden 28 432 Stimmen abgegeben. Davon haben erhalten die Kandidaten des „alten“ Verbandes 17 174 Stimmen und 66 Wähler, die des christlichen Gewerkschafts 9 489 Stim-

men und 15 Wähler, die Polen 1116 Stimmen und 2 Wähler, die Zechenparteien 524 Stimmen und 2 Wähler. Zerplittert sind 129 Stimmen. Arme Christen!

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in Düsseldorf wollen ab 16. Dezember neben dem „Gewerkschaftsboten“ ebenfalls ein vorläufig dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt herausgeben. Müssen die Geld zum Zubuttern haben!

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein mildes Urteil erzielte vor dem Schöffengericht in Höchst der Schreinermeister Spieß aus Griesheim bei Frankfurt a. M. Der Streik unserer dortigen Kollegen war dem Herrn sehr unbequem, und ganz besonders ärgerte er sich über die Streikposten, die in aller Ruhe ihres schweren Amtes warteten. Eines Tages stürzte er mit einem langen Messer bewaffnet zur Haustür heraus und suchte damit die unerbetenen Wächter zu vertreiben. Vor Gericht erklärte er, daß ihn die Beobachtung durch die Streikposten, welche über die Mauer hinweg in seine Küche hineinsahen, so alterierte, daß er mit dem Messer, welches er gerade in der Hand hielt, zum Bürgermeister eilte, um dessen Schutz zu erbitten. Ein anderes Mal wählte Herr Spieß ein Rattenstück zur Waffe, welches er, hoch zu Rade sitzend, kühn gegen die Streikposten schwang. Diese kannten die bei solchen Umständen übliche Polizei- und Gerichtspraxis zu gut, als daß sie sich mit dem Wütenden in eine Schlägerei eingelassen hätten. Sie zogen sich vielmehr in den Torweg eines Nachbargrundstückes zurück und versuchten das Tor zu schließen. Spieß war ihnen aber gefolgt und schob, ehe das Tor vollends geschlossen war, sein Rad dazwischen. Es entstand nun eine Ferverei an dem Rad, wobei dieses stellenweise verbogen wurde; ein Streikender erhielt auch von Spieß einen Schlag mit der Latte. Erklärlicherweise verursachten diese Vorgänge einen Aufruhr, es erschien auch ein Schutzmann, der jedoch nicht etwa den Ruhestörer Spieß, sondern einen der Streikenden verhaftete. Immerhin erhielt der kampflustige Schreinermeister eine Anklage wegen Bedrohung, Körperverletzung und Beleidigung. In der Verhandlung wurde der geschändete Tatbestand festgestellt. Spieß wollte zu dem Angriff auf die Streikenden durch den Zuruß „Bankrottskauter“ gereizt worden sein, den jedoch außer ihm niemand gehört hat. Der als Entlastungszeuge geladene Bürgermeister von Griesheim schilderte mit beweglichen Worten, wie gerade Meister Spieß unter dem Schreinerstreik zu leiden gehabt habe, er mußte aber zugeben, daß er diese Leidensgeschichte nur aus den Erzählungen des Spieß kannte. Tatsächlich hatten vor dem Spießischen Hause fast täglich Menschenansammlungen stattgefunden. Derselben waren aber durch das merkwürdige Verhalten des Meisters veranlaßt worden. Er hatte nämlich sein Anwesen als Festung eingerichtet und als Waffen Rattenstücke sowie Wassereimer und Spritzen bereit gestellt und mehreren Schulbuben, die einige Fertigkeit in der Handhabung der Spritzen sich angeeignet hatten, das Torwärtersamt übertragen. Daß durch solche Vorbereitungen das Publikum, das sich auf billige Weise amüsieren wollte, herangezogen wurde, läßt sich denken. — Herr Spieß wurde vom Schöffengericht als schuldig befunden und zu — 11 (elf) Mark Strafe verurteilt. Wie wäre es wohl einem Streikenden ergangen, wenn er ähnliche Heldentaten gegen Herrn Spieß unternommen hätte? Interessant ist es, einige von demselben Gericht gegen Streikende ergangene Urteile in Vergleich zu ziehen. Ein Streikender äußerte die Absicht, die Frage, die ein Streikbrecher gegen ihn zog, zu photographieren; Urteil: 30 Mark Geldstrafe. Die Bezeichnung eines Streikbrechers als Lump kostete einen Streikenden 40 Mk., einen anderen 20 Mk. — Man sieht, der Schönsteidtsche Grundsatz: „Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe“, hat in der Streitjustiz seine Berechtigung noch nicht verloren.

Engelhardt.

Au die Möbelpolierer Deutschlands!

In der Nummer 46 der „Holzarbeiter-Zeitung“ habe ich im Auftrag der Berliner Möbelpolierer einen Aufruf erlassen, worin ausgeführt wurde, daß es auch für die Möbelpolierer an der Zeit wäre, an eine planmäßigere Agitation zu denken, um unsere so elende Lage zu verbessern. Es war da vorgeschlagen, die Kollegen von allen Orten, wo die Möbelpoliererei betrieben wird, sollten als Vorarbeit zur Agitation eine Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse einschicken, und zwar über: Länge der Arbeitszeit, Zeit- und Akkordlohn, Heimarbeit, sanitäre Mißstände, Materialfrage, Organisationsverhältnisse usw. Es ist das aber recht wenig befolgt worden, woraus man den Schluß ziehen könnte, die Möbelpolierer lebten herrlich und in Frieden. Daß dem jedoch nicht so ist, wissen wir alle am eigenen Leibe. Nun kann es aber so nicht weiter gehen, wenn wir sehen, wie sich die Unternehmer organisieren. Wie sie, um ihre Macht zu zeigen, bei den geringfügigsten Lohnforderungen Tausende und aber Tausende aussperren und damit dem Hunger preisgeben. Wenn ich die Zahl der mir zugesandten Berichte ansehe, komme ich zu der Meinung, daß die Möbelpolierer Deutschlands dies noch nicht eingesehen haben, daß sie den Wert der Organisation nach dieser Richtung hin noch nicht erkannt haben. Es handelt sich für uns darum, unsere bedrängte Lage der Öffentlichkeit zu unterbreiten, der Regierung zu zeigen, wie bitter notwendig uns Arbeiterschutzgesetze sind und nicht etwa Zuchthausvorlagen. Zur Erreichung unseres Zieles: Verbesserung unserer Lage, ist es nötig, daß sich die Kollegen aufraffen, ihre Trägheit abschütteln und ihr Geschick selber in die Hand nehmen. Durch die Einreichung der Berichte soll erreicht werden, daß wir uns klar werden, wie die Verhältnisse in den einzelnen Orten liegen, um dann zu geeigneter Zeit Vorschläge zur Verbesserung unserer Lage machen zu können. Ich habe in dem vorigen Aufruf ausgeführt, wie die anderen Berufe unseres Verbandes, die Stellmacher, Stockarbeiter, Korbmacher, Musikinstrumentenmacher usw. Agitation treiben, Konferenzen abhalten, Statistiken veröffentlichen, habe vorgeschlagen, die Möbelpolierer sollten dasselbe tun, sie sollten sich ebenfalls an die Öffentlichkeit wenden, sie sollten sich in dieser Hinsicht die Agrarier zum Vorbild nehmen, die da schreiben, schreiben und nochmals

schreiben. Die wenigen mir zugesandten Berichte zeigen schon ein trübes Bild von langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen, wie muß es da erst dort aussehen, wo man aufscheinend gar nicht den Mut hat, mit der Schilderung der Arbeitsverhältnisse hervorzutreten. Wissen wir, wie es um uns steht, so werden wir auch die Macht haben, unsere Lage zu verbessern. Ich fordere hierdurch die Möbelpolierer allerorten nochmals auf, an der Erreichung dieses Zieles mitzuarbeiten, indem sie das von uns Gewünschte einschicken.

August Niese, Berlin, Landsberger Allee 151.

Zur Modelltischler-Agitation.

Im Hinblick auf die Konferenz der Modelltischler, welche im nächsten Frühjahr stattfinden soll, wird uns geschrieben: Es dürfte sich lohnen, auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der für die anderen Branchen kaum in Betracht kommt. Diese haben meist ein örtlich begrenztes Kampffeld, durch den Streik können sie die Produktion unmittelbar unterbinden; ist die Fernhaltung des Zugugs möglich, so sind die Unternehmer zum Nachgeben genötigt. Die Modelltischler sind nicht in der Lage, die Produktion unmittelbar zu beeinflussen, da ja die Herstellung der Modelle in den Betrieben der Eisenindustriellen, gegen die die Modelltischler den Kampf im wesentlichen zu führen haben, nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, nämlich der Herstellung von Guß ist. Es ist dem Unternehmer gleich, ob er die Modelle von außerhalb bezieht oder selbst herstellt. Beides sind ihm Geschäftsunkosten. Außer der Fernhaltung des Zugugs, die in der Regel gelingt, haben die Modelltischler dafür zu sorgen, daß die Modelle nicht anderwärts hergestellt werden. Das ist, wie die Erfahrung gelehrt hat, bis jetzt nicht möglich gewesen. So führen zum Beispiel die Bremer Kollegen in Nr. 47 der „Holzarbeiter-Zeitung“ Klage darüber, daß unter anderen auch in Berlin Streikarbeit waggonweise angefertigt wurde. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Bremer unrecht haben, mußten doch die Berliner selbst die Erfahrung machen, daß Streikarbeit massenhaft aus Orten, zum Beispiel Leipzig und Dresden, kam, in welchen die Kollegen sehr gut organisiert waren. Die Schuld liegt daran, daß es nicht schwer ist, durch Detaillieren der Zeichnungen, Weglassen des Firmenstempels, Bestellung durch Zwischenpersonen bei Kleinmeistern oder Firmen, die ähnliche Maschinen fabrizieren, das Erkennen als Streikarbeit zu erschweren. Ferner ermöglicht die vorzügliche Organisation der Metallindustriellen die Verbreitung über ganz Deutschland, während die Streikenden kaum über ihre Zahlstelle hinaus wirken können. Hier nun Wandel zu schaffen durch eine gründliche Aussprache aller Kollegen, Mittel und Wege zu finden, die es verhindern, daß Organisierte ihren Kollegen unbewußter Weise in den Rücken fallen, ist die Abhaltung einer Konferenz eine Notwendigkeit, und wenn nur dieser eine Zweck erreicht wird, so werden die Kollegen trotz der Kühnemänner ihre Lage verbessern können.

G., Berlin.

Aufruf an die Korbmacher im Gau Hannover.

Kollegen! Die Magdeburger Konferenz hat den Kollegen in den einzelnen Gauen Veranlassung gegeben, dazu Stellung zu nehmen, wie die traurige Lage der Korbmacher zu verbessern ist, damit auch sie als Menschen ein menschenwürdiges Dasein führen können. Auch in unserem Gau sind die Verhältnisse nicht so rosig, daß wir die Hände in den Schoß legen könnten. Auch hier müssen wir daran denken, unsere Lage zu verbessern, welche die elendeste ist unter allen Handwerkern. Zu diesem Zweck hat sich die Sektion der Korbmacher von Hannover mit der örtlichen Verwaltung und dem Gauvorstand in Verbindung gesetzt und gemeinschaftlich beschlossen, Rundschreiben an sämtliche Verwaltungsstellen im Gau zu senden, um diese zur Mitarbeit einzuladen. An euch, Kollegen, im Gau liegt es nun, die Lokalverwaltungen tatkräftig zu unterstützen und das Material, welches sie von euch fordern, pünktlich und gewissenhaft einzusenden. Als eure Ehrenpflicht müßt ihr es betrachten, unorganisierte Kollegen über Zweck und Nutzen der Organisation aufzuklären und sie dem Deutschen Holzarbeiterverband zuzuführen; denn nur durch eine stramme Organisation sind wir in der Lage, unsere Verhältnisse zu verbessern. Wir verweisen auch auf den Bericht aus Glückstadt in Nr. 48 der „Holzarbeiter-Zeitung“, wo wirklich nennenswerte Verbesserungen für die Kollegen mit Hilfe des Verbandes geschaffen worden sind. Da sind die Kollegen, laut Bericht, aber auch zu 95 Prozent organisiert. Also Kollegen, unterstützt eure Verwaltung, besorgt das Material, welches sie von euch fordern, schnell und genau, werbet neue Mitglieder für den Deutschen Holzarbeiterverband, denn eine Agitation von Mund zu Mund wirkt meist besser als alles andere. Kollegen, ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu können, daß ihr euch eurer Pflicht bewußt seid und sie auch voll und ganz in dieser Sache tut, auf daß unsere gemeinsame Arbeit die besten Früchte tragen möge.

Alle Anfragen in dieser Angelegenheit sind an den Unterzeichneten Vertrauensmann für die Gauagitation zu richten.

Friedrich Schellenberg, Korbmacher, Hannover, Spittafel, 26 a III.

NB. Allen Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß das Anschauen in Hannover nicht gestattet ist. Der Arbeitsnachweis befindet sich Calenbergerstraße 31—32.

Literarisches.

Bei der Redaktion sind folgende Schriften eingegangen:

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von F. Bloch (Administration: Berlin W., Lühnowstr. 105), haben soeben das Dezemberheft ihres 11. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Otto Jure: Ein neues Arbeiterrecht für den Bergbau. — Julius Bruhns: Wahlstatistik und Wahlbeteiligung in Preußen. — Max Schippel: Schaffles Lebensbild. — Ernst Deinhardt: Das Beamtenelement in den deutschen Gewerkschaften. — Dr. Hugo Bridges Adams-Behmann: Die Arbeit der Frau. — Hermann Wendel: Balzac. — Ludwig Radlof: Weberlos in Schlesien. — Franz Wortmann: Eine deutsche Sterbetafel. Zur bevorstehenden Volkszählung. — Wirtschaft. — Politik. — Soziale

Kommunalpolitik. — Sozialistische Bewegung. — Gewerkschaftsbewegung. — Sozialpädagogische Bewegung. — Frauenbewegung. — Dichtkunst. — Musik. — In eigener Sache von der Redaktion. — Der Preis des Heftes dieser sehr empfehlenswerten Zeitschrift beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und durch jede Postanstalt; ferner direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Bülowstraße 105, Berlin W. 35. Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert. Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Werner Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung. 5. Auflage. 24. bis 33. Tausend. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis 2 Mk., geb. 2,60 Mk.

Eduard Gräf, Ärzte und Krankenkassen. Ein Beitrag zu der Frage „Freie Arztwahl“. Preis 40 Pf. Frankfurt a. M. 1905, Druck und Verlag der Uniondruckerei, G. m. b. H.

Genosse Eduard Gräf ist als Arbeitersekretär und langjähriger Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M. wohl einer der Berufsenken, uns über das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen und besonders über die Wirkung der so viel umstrittenen freien Arztwahl ein Urteil abzugeben. Wir möchten denn auch dieses Schriftchen, über dessen wesentlichen Inhalt unser Artikel „Ärzte und Krankenkassen“ in dieser und der letzten Nummer unserer Zeitung berichtet, allen Kollegen, insonderheit jenen, welche in der Krankenkassenbewegung tätig sind, zum Studium wärmstens empfehlen.

Franz Dieberich, Die Sämmen dröhnen. Werbestimmen. Dresden, Verlag und Druck bei Kaden & Comp. 112 Seiten. 8°. Preis 1 Mk.

Allgemeiner Drechsler-Kalender. 20. Jahrgang, 1906. Herausgegeben und bearbeitet von E. Marggraf, Lehrer an der deutschen Fachschule für Drechsler und Bildschnitzer, Redakteur der Zeitschrift für Drechsler, Offenbeingraben und Holzbildhauer zu Leipzig. Preis 1,50 Mk., ausschließlich Porto. Verlag der Zeitschrift für Drechsler usw. „Leipziger Deutsche Drechsler-Zeitung“ (E. U. Martin), Leipzig-N., Frommannstraße 4.

Vier neue politische Künstlerkarten sind in dem Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, erschienen. Die politische Situation bei der Generaldebatte zum Etat veranschaulicht lebhaft die Karte: „Bebel spricht im Reichstag zum Etat“. Die drei anderen Karten sind dem Jahreswechsel gewidmet. Geschmackvoll in Zeichnung und Farbentönung werden Szenen aus dem Arbeiterleben stimmungsvoll wiedergegeben. Die Karten sind: „Des Schmiedes Neujahr“, „Schneeschipper in der Neujahrnacht“ und „Das Abschied nehmende alte Jahr“. Sämtliche Karten sind von dem talentvollen Wiener Künstler Hannich entworfen und verdienen volle Beachtung. Einzelpreis 10 Pf., Partiepreis billiger. — In demselben Verlag ist auch ein von dem Wiener Künstler Hannich entworfenes Bild: „Bebel spricht im Reichstag zum Etat“ erschienen. Das Bild, Größe 34 x 43 cm, kostet 1 Mk., Porto 20 Pf., und kann vom Verlaas auch eingehandelt für 3,50 Mk. bezogen werden.

Briefkasten.

Berlin. G. Fr. und N. B. Gueer Eingefandt ist wohl durch die Einsendung des Kollegen Schmalbach, die in unserer

letzten Nummer unter „Aus den Berufen“ und der über- schriften „Anstehende Blätter“ erschienen ist, erledigt. **Schweid.** Ihre Zuschrift ist in dieser Form nicht verwendbar. **Postoff.** Das Thema ist an sich recht interessant, zur eingehenden Behandlung in der „Solzarbeiter-Zeitung“, aber doch nicht geeignet.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.

Meyers Klassiker-Ausgaben.

Unübertroffene Korrektheit. — Schöne Ausstattung. — Eleganter Leinwandeinband.

Arnim, 1 Band, geb. . . . 2 Mk.	Körner, 2 Bände, geb. . . 4 Mk.
Brentano, 1 Band, geb. . . 2 „	Lenau, 2 Bände, geb. . . 4 „
Bürger, 1 Band, geb. . . . 2 „	Lessing, 6 Bände, geb. . 12 „
Chamisso, 2 Bände, geb. . 4 „	Ludwig, 8 Bände, geb. . 6 „
Eichendorff, 2 Bde., geb. 4 „	Novallis u. Fouque, 1 Bd., geb. 2 „
Gellert, 1 Band, geb. . . . 2 „	Platen, 2 Bände, geb. . . 4 „
Goethe, 15 Bände, geb. . . 30 „	Reuter, 6 Bände, geb. . 10 „
Grillparzer, 6 Bde., geb. 10 „	Rückert, 6 Bände, geb. . 4 „
Hauß, 4 Bände, geb. . . . 8 „	Schiller, 8 Bände, geb. . 16 „
Hebel, 4 Bände, geb. . . . 8 „	Schiller, 14 Bände, geb. 28 „
Heine, 7 Bände, geb. . . 14 „	Shakespeare, 10 Bde., geb. 20 „
Herder, 5 Bände, geb. . . 10 „	Tieck, 3 Bände, geb. . . 6 „
E. T. A. Hoffmann, 3 Bde., geb. 6 „	Uhland, 2 Bände, geb. . 4 „
H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10 „	Wieland, 4 Bände, geb. . 8 „

Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Verfassungs-Anzeiger.

Musbach. Die Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Samstag im Monat statt. **Müffeldorf.** Stellmacher. Jeden ersten Samstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, bei Schumacher, Simmermannstraße 38. **Miesch.** Sonabend den 6. Januar 1906, abends 8 Uhr, im Deutschen Kaiser in Neudörfchen, Generalversammlung. Bewacht der Sozialverpaltung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht jedes Kollegen.

Anzeigen.

Wiesloch a. Rhein. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Eraber, Kaiserstraße 46, wofür auch die Selbstunterstützung ausgegahlt wird. Umgehungen streng verboten. Vertretungslokal „Kaiser Wolf“, Messbadeneustraße 33. **Wolmsberg.** Unser Vertretungslokal befindet sich im Gasthof zur Neustadt, Deneckestraße. Selbstunterstützung und Arbeitsnachweis bei Kollege Aug. Wille, Deneckestraße. Umgehungen ist strengstens untersagt. **Gerford.** Der Arbeitsnachweis der Solzarbeiter Gerford's befindet sich nach wie vor bei unserem Vertretungswirt Fritz Siebte am Vibbertor. Derselbe ist geöffnet an Wochentagen von 7 bis 8 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Die Kollegen werden dringend ersucht, nur diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Der Arbeitsnachweis in der Herberge zur Heimat, Walfenhausstraße, ist für unsere Kollegen gesperrt. **Wannheim.** Als Sozialbeamter unserer Gaststätte wurde Kollege Karl Mesfeld-Wannheim gewählt. Die übrigen Bewerber wollen hiervon Kenntnis nehmen. **Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Bischof, Hermannstraße 26, 3. St. Umgehungen ist strengstens verboten. Die Selbstunterstützung wird bei Bedarf, Schulgasse 4, ausgegahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Der Schreiner Adolf Wolf aus Reichenau in Mähren, Buchn. 174820, soll in einer Prozesssache als Zeuge vernommen werden. Kollegen, welche seine Adresse angeben können, werden gebeten, diese an Heinrich Dorn, Langenselbold bei Ganau, Untergasse 1, gelangen zu lassen.

Tischler Franz Schill und Polierer und Bildverleimermacher Max Gustav Wendland werden aufgefordert, sofort mit der hiesigen Zahlstelle ins reine zu kommen, widrigenfalls wir gezwungen sind, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Albert Erb, Holar, Mühlenstraße.

Nicht neue Bände sollen durch tüchtige Tischler besetzt werden für Fensterarbeiten bei dauernder Beschäftigung u. gutem Lohn. Fr. Timp, mech. Tischl., Sonderburg.

Tüchtige Modellschreiner finden sofort dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn. Hermann Bender jr., Kirchheim-Teck.

Tüchtige Bantischler stellt sofort ein Oertel & Co., Weiskasser, D.-L.

Verheiratete Stuhlbaner und Drechsler bei dauernder Arbeit und höchsten Akkordlöhnen stellen fortwährend ein. Umzug wird vergütet. Sauerzapf & Co., Wienmühle (Gragebirge).

Tüchtiger Kreisraspeler für feinere Naturstoffe bei hohem Lohn für dauernd gesucht. Stockfabrik Näther, Meissen.

Stockarbeiter! Wiegler, Raspler, Feiler verlangen bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung. C. & K. Redlich, Spazierstockfabrik Berlin, Ritterstraße 76.

Tüchtige Kammmacher und Scheifer finden dauernde Arbeit bei Seilaz & Cie., Zürich III (Schweiz).

Korbmacher.

Tüchtige Gestellarbeiter für dauernd bei gutem Verdienst gesucht. Lebensverhältnisse billig. E. R. Hoffmann, Schweidnitz, Fabrik für Holz-, Kongo- und Bambusmöbel.

1-2 Korbmacher auf grün Geschlagen und matt für sofort gesucht.

Severidt, Korbmachermester Braunschweig, Schternstraße 40.

Zwei bis drei tüchtige Ballontorbmacher gesucht für Akkordarbeit.

Chemische Fabrik, Mienburg a. Weser.

Zwei tücht. Bürstenmacher gesucht, welche schon auf Pfalavapechen gearbeitet haben.

Bernhard Müller, Karlsruher-Mühlburg.

Solider Bürstenmacher findet dauernde Arbeit bei

W. Alpher, Döckem a. Garz.

Korbmacher-Werkzeug unter Garantie. Bitte gratis. L. Fogelberg, Geinsberg, Rheinl.

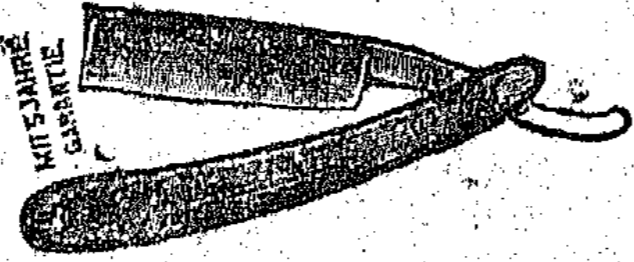
Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund
gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit, kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblichen Portos ihre Adresse an August Grimm, Frankfurt a. M., Alt. Markt 36. Bitte anschnneiden, aufheben oder weitergeben.

Tuch-Ausstellung
WIMPFHEIMER & Co. unerreicht in Güte und Preiswürdigkeit
MUSTER FRANCO an JEDERMANN
AUGSBURG

Die besten

Solinger Stahl-, Gold-, Silber- und Lederwaren, Haushalt- und Küchengeräte, Musikinstrumente und Waffen usw. liefern wir. Verlangen Sie unverzüglich unseren neuesten Hauptkatalog und bestellen Sie eine Probefendung. Wir liefern:



Rasiermesser Nr. 10 Ia Stahl, fein hochgeschliffen, mit Stuis, zu Mk. 2.— franko. Rasier-Stuis Nr. 15, enthaltend: Rasiermesser Nr. 10, Nictelbeden, Pinsel, Paste, Seife und Streichriemen, Mk. 4.— franko. Haarschneidemaschine „Familienrasier“ mit zwei Aufschiebekämmen, Mk. 3.50 franko.

Otto Geigis & Co., Grüten 5, Solingen 105. Größtes Versandhaus am Platze. Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Tischler-Fachschule Detmold

Werkführer- und Technikerkurse
Geführte Meister-Prüfung
Programme frei durch die Direktion

Laubsägerei
Reibschneiderei, Holzbrandmalerei Lief. am billigsten sämtl. Werkz., Borl., Holz usw. J. Brendel, Magdorf 95 (Pfalz). Reichhalt. Katalog. o über 2000 Abbildungen gegen 40 Pf. in Briefmarken franko. Laubsägeholz pr. qm v. 1 Mk. an.

Tischler-Fachschule Gotha

Gründliche Ausbildung in kürzester Zeit zum Meister, Werkführer, Zeichner
Prospekt frei

Tischler-Fachschule.
Zeichner, Werkführer, Meister
Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Lehrbücher f. Solzarbeiter
Katalog gratis und franko.
Joh. Sassenbach, Berlin 16.

Der Deutsche Tischlermeister
Illustriertes Fachblatt für die gesamte Tischlerei und den Möbelhandel, für Innen-Dekoration, Polsterei, Holzschmuck-Kunst und Drechserei, für alle verwandten Gewerbe und den Holzhandel.
Verlag von Stephan Schmidt, Berlin C. 2.

Tischler, die sich fachlich fortzubilden bestrebt sind, finden in dem illustrierten Fachblatt „Der Deutsche Tischlermeister“ eine wahre Fundgrube zur Bereicherung ihres Wissens. Jede Nummer enthält gebiegene Fachartikel aus der Praxis der Tischlerei, sowie Zeichenvorlagen, Beschreibungen, Rezepte usw. usw. **Der Deutsche Tischlermeister** beste Fachblatt der Schreinerkunst, das auch kein Meister und kein Gehilfe, dem an seinem geistigen und materiellen Fortkommen gelegen ist, entbehren darf. — Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Man sende für ein Vierteljahr 2,25 Mk. per Postanweisung an die Expedition des Deutschen Tischlermeisters, Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelmstraße 1, mit genauer deutlicher Adresse des Abenders. Die Zeitung erscheint jeden Freitag. Mit jeder Nummer erhält der Abonnent das reich und aktuell illustr. Unterhaltungsblatt „Fürs Haus“ gratis

C. Bränsch
Reinickendorf (bei Berlin)
Lack- und Politurfabrik
wässerechte Mattierung, verbesserte Schellackpolitur, u. die billigsten, tadellosten Politurlacke.

Paul Horn Fabrik chemischer Hamburg 23
Über die Eigenschaften und zweckmässigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten **Jubiläumskatalog**, ein Lehrbuch des Polierens, gibt mein **Jubiläumskatalog**, Belzens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:
Jubiläums-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrierte **Schellack-Politur**, poranschliessende Untergrund-Politur, **Schellack-Porenfüller**, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salonmatt.
Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, **Petersburger Lack**.
Schleif- und Polieröl. Farbige Porenpulver.
Spiritusbeizen, Ambrantheizen, **Wasserbeizen**, **Körnerbeizen**, **Salmiakbeizen**.
Flintsteinpapier, **Lederleime**.
Polierspiritus usw. usw.
Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den **hervorragendsten** Fachautoritäten und der **gesamten Fachpresse** glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.
Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.
Ferner empfehle:
Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—.
Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.
Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.